

Behinderung und internationale Entwicklung
Disability and International Development

Migration, Flucht und Behinderung
Migration, Flight and Disability



Inhalt

Flucht/Asyl vs. Behinderung/Inklusion: Internationale Politikregime im Widerspruch <i>Mathias Otten</i>	4
---	---

Schulische Teilhabe im Kontext von Flucht, Behinderung und Benachteiligung – Forschungsprojekt an der Humboldt-Universität zu Berlin <i>Sophie Friedrich/Claudia Becker/David Zimmermann</i>	12
---	----

Berichte/Reports	21
------------------	----

Kurzmeldungen/Announcements	25
-----------------------------	----

Literatur	34
-----------	----

Redaktionsgruppe | [Editorial Board](#)

Dr. Isabella Bertmann, Dr. Christine Bruker,
Lukas Groß, Dr. Thorsten Hinz, Jana Offergeld,
Prof. Dr. Sabine Schäper, Gabriele Weigt

Schriftleitung | [Editorship](#)

Gabriele Weigt

Redaktionsassistenten | [Editorial Assistance](#)

Katharina Silter

Gestaltung | [Layout](#)

Amund Schmidt

Druck | [Print](#)

Druckerei Nolte, Iserlohn

Bankverbindung | [Bank Details](#)

Bank für Sozialwirtschaft

BIC: BFSWDE33XXX

IBAN: DE08 370 205 000 008 040 706

Die Zeitschrift Behinderung und internationale Entwicklung ist eine Publikation des Instituts für inklusive Entwicklung. Das Institut wird getragen von Behinderung und Entwicklungszusammenarbeit e.V.

[The journal Disability and International Development is a publication of the Institute for Inclusive Development. The Institute is part of Disability and Development Cooperation.](#)

Hinweis: Für den Inhalt der Artikel sind die AutorInnen verantwortlich. Veröffentlichte Artikel stellen nicht unbedingt die Meinung der Redaktion dar. Die Veröffentlichung von Beiträgen aus der Zeitschrift in anderen Publikationen ist möglich, wenn dies unter vollständiger Quellenangabe geschieht und ein Belegexemplar übersandt wird. [Please note that the authors are responsible for the content of the articles. Published articles do not necessarily reflect the opinion of the editorial board. Papers published in the journal Disability and International Development may be reprinted in other publications if correctly cited and if a copy is forwarded to the contact provided above.](#)

ISSN 2191-6888 (Print)

ISSN 2199-7306 (Internet)

Impressum

Impressum | [Masthead](#)

Behinderung und internationale Entwicklung
[Disability and International Development](#)

Herausgeber | [Editor](#)

Behinderung und Entwicklungszusammenarbeit e.V.
[Disability and Development Cooperation](#)

Anschrift | [Address](#)

Altenessener Straße 394-398

45329 Essen

Tel.: +49 (0)201/17 89 123

Fax: +49 (0)201/17 89 026

E-Mail: info@inie-inid.org

Internet: www.zeitschrift.bezev.de

Für blinde und sehbehinderte Menschen ist die Zeitschrift im Internet erhältlich:

www.zeitschrift.bezev.de

[For persons with visual impairment, an electronic version of the journal is available at](#)

www.zeitschrift.bezev.de

Liebe Leserinnen und Leser,

Menschen mit Behinderungen gehören zu den besonders schutzbedürftigen geflüchteten Personengruppen. Diese Ausgabe beleuchtet ihre Situation in Deutschland, aktuelle Herausforderungen und ihre Hintergründe.

Zu Anfang stellt Matthias Otten in seinem Beitrag die fehlende Vereinbarkeit der asylrechtlichen Exklusionspraxis mit dem Leitziel der Inklusion aller Menschen mit Behinderungen heraus. Dabei illustriert der Autor anschaulich: Trotz ihrer Anerkennung als besonders schutzbedürftige Personengruppe wird geflüchteten Menschen mit Behinderungen der Anspruch auf eine bedarfsgerechte Grundversorgung häufig abgesprochen.

Sophie Friedrich, Claudia Becker und David Zimmermann nehmen die Bildungs- und Entwicklungschancen geflüchteter Kinder und Jugendlicher in den Blick und stellen die Studie *SchuB-F - Schulische Teilhabe im Kontext von Flucht, Behinderung und Benachteiligung* vor. In der Studie werden SonderpädagogInnen zu ihren Einschätzungen bezüglich der Situation geflüchteter SchülerInnen mit vermuteten oder diagnostizierten sonderpädagogischem Förderbedarf befragt.

Abschließend bietet das Positionspapier des Deutschen Instituts für Menschenrechte einen umfassenden Überblick über die bisherige Aufnahmepraxis in Deutschland und formuliert Empfehlungen hinsichtlich der Schwierigkeiten bei der bedarfsangemessenen Versorgung geflüchteter Menschen mit Behinderung.

Wir wünschen Ihnen eine spannende Lektüre.

Ihr Redaktionsteam

Dear readers,

people with disabilities are one of the most vulnerable groups of persons amongst refugees. This issue takes a look at the situation of refugees with disabilities in Germany, current challenges and their context.

At the outset, Matthias Otten addresses the discrepancy between the exclusion-oriented framework of asylum law and the key objective of inclusion of all people with disabilities. The author illustrates, how despite their recognition as a vulnerable group, refugees with disabilities are oftentimes denied access to needs-based basic care.

Sophie Friedrich, Claudia Becker und David Zimmermann take a look at the educational and development opportunities of refugee children and youth presenting their current research project *SchuB-F – School-Based Participation in the Context of Flight, Disability and Disadvantage*. In this study, special education pedagogues are questioned on their assessment of the situation of refugee pupils with assumed or diagnosed special needs.

Finally, the German institute for human rights provides a comprehensive overview on the current asylum procedures regarding people with disabilities in Germany. Its position paper also formulates recommendations for the identified challenges in regard to a needs-based and appropriate support of refugees with disabilities.

We hope you enjoy your reading.

Your editorial board

Flucht/Asyl vs. Behinderung/Inklusion: Internationale Politikregime im Widerspruch

Mathias Otten

Nationale und supranationale Asyl- und Migrationspolitik nehmen restriktive Veränderungen im Bereich der humanitären und politischen Maßnahmen für schutzbedürftige Individuen und Gruppen vor. Zur gleichen Zeit gibt es bereits bestehende internationale Bestimmungen (insbesondere EU- und UN-Regelungen), die sich auf am meisten gefährdete Geflüchtete richten, die vorrangig der Beachtung in Asylverfahren bedürfen. Geflüchtete mit Behinderung sind unter diesen schutzbedürftigsten Gruppen. Dieser Beitrag analysiert kritisch die politischen und gesetzlichen Widersprüche an der Schnittstelle zwischen Asylrecht und den Rechten von Menschen mit Behinderung.

Globale Herausforderungen und lokale Politik

Trotz der grenzbetonenden asylpolitischen Reaktionen in Deutschland und der EU auf die jüngsten Entwicklungen der Fluchtmigration seit 2015 ist davon auszugehen, dass Flucht als Migrationsgrund weltweit in den nächsten Jahren nicht abnehmen wird (UNHCR 2018). Nach wie vor werden die allermeisten (85%) der rund 68 Millionen weltweit Geflüchteten in Ländern des Globalen Südens, also außerhalb von Europa aufgenommen. Sie verbleiben in geografischer (und oft geopolitischer) Nachbarschaft zu den jeweiligen Kriegs- und Krisenherden und damit zumeist in armen Verhältnissen und schwierigen gesundheitlichen Bedingungen. Zugleich ringt die Europäische Union seit geraumer Zeit mit sich und den normativen Werten einer zeitgemäßen Asyl- und Migrationspolitik, einschließlich ihrer Bezugspunkte zu anderen (sozial-) staatlichen Prinzipien.

Aufgrund der komplexen ökonomischen, politischen und (völker-) rechtlichen Rahmenbedingungen ist

es schwierig, das Schnittstellenthema Flucht/Behinderung in einem einheitlichen konzeptionellen Deutungsrahmen zu interpretieren. Die Situation in großen Massenlagern, etwa in Jordanien (z.B. Zaatari¹) oder Bangladesch (z.B. Cox Bazar²) ist für Menschen mit Behinderungen vollkommen anders, als etwa in einer Kleinstadt in Europa. Wenn im Folgenden primär auf die Situation von geflüchteten Menschen mit Behinderung in Deutschland und Europa eingegangen wird, so geschieht dies vor allem vor dem Hintergrund der Reichweite der jeweiligen nationalen und internationalen Gesetzesregelungen, die auf der einen Seite Asyl und auf der anderen Seite Inklusion als so genannte *international policy regimes* betreffen. Sie sollen in diesem Beitrag als ein wirkmächtiger und keineswegs widerspruchsfreier rechtlicher Handlungsrahmen diskutiert werden.

Existenzielle Subjekterfahrung und politische Objektform

Auf der sozialen Phänomenebene muss zunächst jede Form der unfreiwilligen

Migration (forced migration) einer Einzelperson oder einer sozialen Gruppe als ein Fluchtphänomen betrachtet werden. Flucht ist insofern zunächst einmal unabhängig von den konkreten Umständen, die zur erzwungenen Migration führen, der Art und Form des internationalen Grenzübertritts und der weiteren völkerrechtlichen, juristischen und asylpolitischen Einordnung (Spinks 2013). Das heißt, es wird hier zunächst von der existenziellen Subjekterfahrung der Flucht aus einer unverschuldeten Bedrohungssituation ausgegangen, die erst durch unterschiedlichste politische, ökonomische und rechtliche Bedingungen, Regelungen und Instrumente in eine bestimmte rechtliche Objektform gebracht wird (vgl. Frings 2017: 95). Daraus ergeben sich dann Konstruktionen kategorialer Unterscheidungen, z.B. die Differenzierung von legitimen und illegitimen Flucht- und Asylgründen, die Beurteilung von Herkunftsstaaten als sicher oder unsicher, oder eben die Unterscheidung von einer relativen und einer besonderen Schutzbedürftigkeit.

Juristisch wird diese Differenzierung insofern bedeutsam, als die Eigenschaft als Flüchtling nach Rechtsauffassung der Michigan Guidelines (Markard 2017) „deklaratorisch“ ist: „Eine Person wird ‚Flüchtling‘, sobald sie die Kriterien der Flüchtlingsdefinition der Konvention [Genfer Flüchtlingskonvention; M.O.] erfüllt, nicht erst wenn der Flüchtlingsstatus formal zuerkannt wird“ (Markard 2017: 328).

Aus der analytischen Differenzierung von existenzieller Subjekterfahrung und politisch-rechtlicher Objektform erklären sich die verwendeten Begriffspaare: Flucht meint das soziale Phänomen als eine individuelle oder kollektive Erfahrung, während Asyl ein darauf reagierendes politisch-rechtliches Antwortinstrumentarium bezeichnet. Beides gehört sinn- und sachlogisch zusammen. Ähnlich gilt das für das Begriffspaar Behinderung/Inklusion, indem nämlich Behinderung als Begriff die individuelle oder kollektive sozialphänomenologische Erfahrungsform fokussiert und Inklusion als eine darauf bezogene politisch-rechtliche bzw. öffentlich-diskursive Werte- und Gestaltungsantwort der Gesellschaft verstanden werden kann. Eine dauerhafte Beeinträchtigung/Behinderung ist einer von verschiedenen Gründen für eine besondere Schutzbedürftigkeit, die in der Verwaltung von Asylverfahren und der praktischen Bewältigung von Fluchtprozessen zu berücksichtigen sind, weil Menschen mit Behinderungen zu den „most vulnerable groups“ zählen³ (Crock et al. 2017).

Diese Herangehensweise erscheint deshalb besonders geboten, weil die notwendigerweise extrem komplexe Verrechtlichung des Flucht- und Asylgeschehens,

einschließlich jener Regelungen und Praxen, die im Fall der Anerkennung des Asylgrundes (und mehr noch im Fall der Ablehnung) aktiviert werden, sehr stark dazu tendieren, die konkreten lebensbiografischen Besonderheiten des individuellen Schicksals hinter den behördlichen Kategorisierungsprozeduren in den Hintergrund zu schieben (Lahusen/Schneider 2017). Dies gilt – in abgemilderter Form – übrigens auch für die Formen der Eingliederungs- und Behindertenhilfe, die in weiten Teilen auf (Teilhabe-)Bedarfsfallkonstruktionen basiert, mittels derer ein individuelles Leben mit subjektiven (Teilhabe-)Bedürfnissen in einen abstrakt bemessbaren (Teilhabe-)Bedarf überführt werden muss (Schäfers/Wansing 2016).

Mangel an Daten und an Problembewusstsein

Trotz internationaler Grundsätze und Instrumente zur Identifikation und Statusfeststellung der näheren Fluchtumstände gibt es bislang keine verlässlichen Informationen darüber, wie hoch der Anteil von Menschen mit Behinderungen unter den Geflüchteten auf der Route oder im jeweiligen Aufnahmeland ist. So weist z.B. Simmons darauf hin:

„Current literature suggests that data on disabilities among refugee and IDP [internally displaced persons, M.O.] communities are often uncollected or unknown by the larger NGOs and UN agencies that are providing the bulk of relief services. Standard procedures such as rapid assessments and registration processes often do not include collection of information specific to the circumstances, needs and presence of refugees and IDPs with disabilities. In cases of armed conflict or natural calamity, this ‘invisibility’ can be fatal“ (Simmons 2010: 10).

Das gilt bislang auch für Deutschland: Weder der deutschen Bundesregierung noch den Bundesländern bzw. dem Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) als zuständiger Behörde liegen genaue Daten vor, da die amtliche Asylbewerberleistungsstatistik den Behindertenstatus nicht gesondert erhebt (Schülle 2017). Es gibt jedoch seit Längerem Einschätzungen von Expertinnen und Experten, dass der Anteil von Menschen mit körperlichen und psychischen Behinderungen unter den Asylsuchenden hoch ist und solche Beeinträchtigungen eindeutig als Grund besonderer Schutzbedürftigkeit zu beachten sind (Schröder 2013; Zinsmeister 2017). Hilfsorganisationen schätzen, dass zehn bis 15 Prozent aller Geflüchteten weltweit eine behinderungsbedingte bzw. medizinisch induzierte besondere Schutzbedürftigkeit haben, wobei hier die psychischen Erkrankungen infolge von Flucht, Folter und Verfolgung nicht eingerechnet werden (Helpage

Hilfsorganisationen schätzen, dass zehn bis 15 Prozent aller Geflüchteten weltweit eine behinderungsbedingte bzw. medizinisch induzierte besondere Schutzbedürftigkeit haben.

International/Handicap International 2014; Schwalgin 2014; Skinner 2014; Turhan 2016).

Ohne eine systematische Erhebung und Dokumentation der realen Beeinträchtigungen werden geflüchtete Menschen mit Behinderungen im Rahmen der Strukturen und Abläufe von Asylverfahren und Behindertenhilfe oftmals *unsichtbar* gemacht (Roberts 2000; Straimer 2010; Soldatic et al. 2015; Ertik 2017; Schülle 2017). Das hat auch damit zu tun, dass die Phänomene in Politik, Praxis als auch in der wissenschaftlichen Forschung nur selten zusammen gedacht werden, wie Pisani/Grech (2015b) betonen:

„Despite the scale of forced human movement, the reality is that disability and forced migration are rarely put together, in policy, research and practice. They are two parts of a different equation by those theorising and those working in practice, whether in humanitarian issues, development, international relations, politics and even disability studies“ (Pisani/Grech 2015: 422).

Deshalb wäre ein systematisches und international koordiniertes Vorgehen zur Identifizierung und Weiterleitung des realen, für die Betroffenen relevanten (medizinischen) Versorgungsbedarfs der naheliegendste erste Schritt, so wie ihn auch die WHO fordert (Alderslade 2016). Für Deutschland haben das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) und UNICEF⁴ Mindeststandards zum Schutz von Kindern, Jugendlichen und Frauen in Flüchtlingsunterkünften formuliert, die 2017 in einer

Neufassung auch Leitlinien zum Schutz von Geflüchteten mit Behinderungen und geflüchteten Menschen unterschiedlicher sexueller Orientierung enthalten (BMFSFJ/UNICEF 2017). Die verbindliche rechtliche und praktische Umsetzung dieser Standards steht allerdings immer noch aus.

Der Policy Regime-Ansatz

Lokale, nationale und supranationale politische Systeme sind maßgeblich an der Herstellung politischer Handlungsbedingungen und Problemsituationen im Kontext Asyl/Inklusion beteiligt (Wansing/Westphal 2018). Migration ist dabei kein Gegenstand exklusiver nationaler Außenpolitik, sondern seit jeher einer von „Weltinnenpolitik“ (Beck 2010), die in internationale Politik-Arrangements eingebettet ist, sei es im Modus der Kooperation und Koexistenz oder der Konfrontation und des Konflikts. Ebenso ist Behinderung kein Gegenstand der Innenpolitik, sondern entfaltet erst vor dem Hintergrund historischer, politischer und kultureller Grenzüberschreitungen und Deutungstransformationen seinen vollen Bedeutungssinn.

Für ein differenziertes Verständnis der politisch-rechtlichen Ausgestaltung und systemischen Funktionsweisen spezifischer, international eingebetteter Politikfelder – hier Flucht/Asyl auf der einen Seite und Behinderung/Inklusion auf der anderen Seite – bietet sich der politikwissenschaftliche Policy Regime Ansatz (Keohane 1982) als Analysemodell an. Als internationales Regime bezeichnet man zunächst ganz allgemein „die internationale Regelung von Konflikten und Problemen in einem sachlichen (nicht immer auch geografischen) begrenzten Gebiet“ (List et al. 1995: 71). Ein Policy Regime bezieht sich auf die politisch-rechtliche Objektform, abstrahiert also notwendigerweise von konkreten Subjekterfahrungen und Einzelfällen und übersetzt diese in einen politischen Gestaltungsprozess. Im Fall des Zusammentreffens von Flucht/Asyl einerseits und Behinderung/Inklusion andererseits handelt es sich – entgegen der lebensweltlichen Logik eines für die betroffenen Menschen untrennbaren subjektiven Erfahrungs- und Sinnzusammenhangs – aus der Perspektive der regimebasierten Politikanalyse um zwei verschiedene politisch-rechtliche Handlungskontexte bzw. um zwei separate politische Subregime.

Nach Wilson (2000) lassen sich drei Dimensionen/Merkmale eines Regimes differenzieren: Politik-Paradigma (policy paradigm), Machtkonstellation (power arrangement) und Organisationsarrangement (organisational arrangement): Das Politik-Paradigma

prägt die Art und Weise, wie ein Problem thematisch-politisch definiert und zu einem allgemeinen öffentlichen Politikanliegen wird. Als Machtkonstellation (power arrangement) bezeichnet Wilson das spezifische Wirken und Zusammenspiel einflussreicher Akteure, die mit ihren Mitteln das Agenda-Setting zu einem Themenfeld beeinflussen, z.B. durch Formen der politischen Konfliktaustragung, öffentlicher Meinungsbildung oder strategische Kooperationen. Das Organisationsarrangement betrifft schließlich die konkreten Umsetzungs- und Implementierungsformen für die im Politik-Paradigma fokussierten Ziele und Visionen. Für beide Subregime lassen sich diese drei Merkmale identifizieren.

Die UN Konvention für die Rechte von Menschen mit Behinderungen (kurz UN-BRK) hat einen kaum zu ignorierenden internationalen Impuls gesetzt, der Teilhabe für alle menschenrechtsbasiert fundiert und einfordert. Zwar finden sich die Begriffe Flucht bzw. Asyl nicht explizit im Wortlaut der UN-BRK, was aber nach allgemeiner Auffassung keineswegs den Schluss zuließe, dass diese Phänomene nicht mitgemeint seien. Betrachtet man den Entstehungskontext der Konvention, wird ersichtlich, dass die Regelungen nicht nur als Rechte der Bürgerinnen und Bürger eines Staates gegenüber diesem Staat gemeint sein können, sondern als Konkretisierung allgemeiner Menschenrechte sei (vgl. Conte 2018). Artikel 18 der UN-BRK über Freizügigkeit und Staatsangehörigkeit legt es nahe, dass die grenzüberschreitende Geltung der Rechte von vornherein gemeint und geschützt ist, und zwar unabhängig davon, aus welchen Gründen die Emigration bzw. Immigration resultiert. Mehr noch: Flucht vor Verfolgung, Not und kriegsbedingten Gefahren für Leib und Leben sollten im Sinne einer intentionsgemäßen Auslegung der UN-BRK gerade eine besondere Legitimität für die Inanspruchnahme dieser Rechte außerhalb des eigenen Landes darstellen. Spätestens wenn geflüchtete Menschen mit Behinderung als AsylbewerberInnen registriert und anerkannt oder auch nur geduldet sind, kommen sie mit vielen Teilsystemen des Wohlfahrtsstaates und den dort relevanten Inklusionsansätzen in Berührung. Allein das würde es nahelegen, sich der Schnittstelle von Flucht und Behinderung zu widmen und nicht auf die lebensweltferne Trennung beider Systeme zu bauen.

Für die Asylpraxis im Allgemeinen und die besondere Schutzbedürftigkeit aufgrund von Behinderung im Speziellen ist die Relevanz internationaler Regelungen offenkundig, nicht zuletzt wenn es darum geht, Migration zum „Objekt des Regierens“ zu machen (Müller 2010; Hess et al. 2015). Das wichtigste und

umfassendste internationale Abkommen zur Asylpolitik ist die sogenannte „Genfer Flüchtlingskonvention“ (GFK) der UN von 1951/1967. Auf der supranationalen Ebene der Europäischen Union gibt es ebenfalls eine „Koordination“ der Migrations- und Asylpolitik der Mitgliedsstaaten (als Überblick: Engler/Schneider 2015). Allerdings stehen die humanitäre Legitimität, die funktionale Wirksamkeit und die politische Steuerbarkeit dieser Politik seit geraumer Zeit und besonders seit 2015 massiv in Frage. Obwohl die Bindung an internationale Vorgaben den einzelnen Mitgliedsstaaten Grenzen in einer übermäßig restriktiven nationalen Asylpolitik setzen sollten (Engler/Schneider 2015), wird dies mittlerweile sehr unverhohlen und als offene EU-Rechtsverweigerung durch zahlreiche Staaten unterlaufen⁵.

Trotz dieser offenkundigen Steuerungsdefizite supranationaler Politik gilt: Innerhalb der EU wird die Aufnahme und Leistungserbringung gegenüber Geflüchteten und die spezifische Situation von Menschen mit Behinderungen in einer rechtsverbindlichen EU-Richtlinie 2013/33 näher geregelt, der sogenannten „Aufnahmerichtlinie“ (AufnahmeRL).

„Gemäß Art. 19 Abs. 2 RL 2013/33/EU ist Antragstellern mit besonderen Bedürfnissen bei der Aufnahme die erforderliche medizinische oder sonstige Hilfe, einschließlich erforderlichenfalls einer geeigneten psychologischen Betreuung zu gewähren. Diese Bestimmungen der EU-Aufnahmerichtlinie sind seit 21.7.2015 unmittelbar geltendes Recht, auf das sich die Leistungsberechtigten gegenüber den Verwaltungsträgern berufen können (Art. 31 Abs. 1 RL 2013/22/EU)“ (Zinsmeister 2017: o.S.).

Schülle (2017) kommt für Deutschland allerdings zu dem Ergebnis, dass sich die Entscheidungspraxis zu Asylbewerberleistungen für geflüchtete Menschen mit Behinderung bislang ausschließlich am restriktiven bundesdeutschen Asylbewerberleistungsgesetz (AsylbLG) orientiert, ohne die EU-Aufnahmerichtlinie und die dort verankerte Einzelfallwürdigung anzuwenden. Noch wesentlich prekärer als für AsylbewerberInnen stellt sich die Situation für geflüchtete Menschen ohne gültige Papiere und ohne legalen Aufenthaltsstatus dar, denn sie sind faktisch vom Gesundheitssystem in Deutschland ausgeschlossen (Mylus 2016). Medizinische Hilfe wird für diese Personen i.d.R. nur über freiwillig engagierte Ärzte und Gesundheitsfachkräfte geleistet, z.B. im *medinetz* bzw. den *medibueros*⁶.

Fazit

Mit Hilfe des Policy Regime-Konzepts lässt sich aufzeigen, wie durch unterschiedliche Regimelogiken gewisse Widersprüche von Inklusions- und Exklusionszielen hervorgerufen werden. Der (Sozial-)Staat präsentiert sich in den beiden Politik-Subregimen mit unterschiedlichen Rollen: Auf der einen Seite operiert er nach dem Grundprinzip Inklusion, auf der anderen Seite nach dem Prinzip der Exklusion. In der Perspektive der Kategorisierung *Behinderung* tritt der Wohlfahrtsstaat gegenüber seinen BürgerInnen mit Zusage bzw. Inaussichtstellung von rechtlich mehr oder minder klar definierten Leistungen zur Teilhabe und Nachteilsausgleichen auf. In der Perspektive der Kategorisierung *Migration* und spezifischer *Fluchtmigration* tritt indessen zuerst der Nationalstaat gegenüber den Nicht-BürgerInnen mit der Einschränkung oder Verweigerung von Sozialleistungen aufgrund nicht-deutscher Staatsangehörigkeit auf (Weiser 2016). Die Verweigerung von bestimmten Hilfen und Sozialleistungen, die prinzipiell in der Gesellschaft vorhanden und möglich wären, wird also nicht auf der Basis einer allgemeinen Bedarfseinschätzung oder nach prinzipieller Ressourcenverfügbarkeit entschieden, sondern zu allererst auf der Grundlage des staatsbürgerlichen Mitgliedschaftsstatus (zur Kritik siehe u.a. Cassee 2017; Schulze Wessel 2017).

Yeo (2015) spitzt dieses Problem des staatlichen Einschlusses von BürgerInnen und des Ausschlusses von anderen Menschen noch weiter zu: bürgerrechtliche Ausschließungen aufgrund prekärer oder gar illegalisierter Migration führen dazu, dass die betroffenen Personen bzw. derart pauschalisierte Personengruppen zu „gescheiterten Bürgern“ bzw. „Nicht-Bürgern“ gemacht werden: „The primacy of a restrictive asylum-regimes of most European/western countries which ignore other valid international legislation lead to a conceptions of disenfranchised individuals and groups – or to put it more clearly – to a concept of ‘Failed citizens’ and ‘Non-citizens’” (Yeo 2015: 526).

Die skizzierten Regime-Logiken der Asylpolitik und Inklusionspolitik zeigen, wie sehr die Zugänge und Möglichkeiten einer bedarfsgerechten Grundversorgung von der Beurteilung und Kategorisierung des Einzelschicksals abhängen. Das betrifft schon jedes Subsystem für sich allein und führt in ihrem Zusammentreffen zu einer Überlagerung von Kategorisierungsentscheidungen, die oft widersprüchliche Situationen erzeugen (für ein konkretes Fallbeispiel vgl. Lebenshilfe Berlin 2015). So lange eine auf Bürgerschaft und Staatszugehörigkeit basierende Wohlfahrtspolitik einer menschenrechtsbasierten (Sozial-)

Politik quasi *vorgeschaltet* bleibt, untergräbt dies eine inklusive Asylsozialarbeit. Die politische Relativierung eines universalen Inklusionsparadigmas durch eine asylrechtliche Exklusionspraxis verhindert, dass AsylbewerberInnen überhaupt den Weg in die Regelberatungsleitungen der Behindertenhilfe finden. Sie verbleiben stattdessen über längere Zeit in dem Sondersystem *Asylbewerberleistungen*, wo eine den jeweiligen Bedürfnissen angemessene medizinische Versorgung und Eingliederungshilfe stark eingeschränkt wird.

Die noch karge Forschung und Literatur zum internationalen Diskurs (z.B. Ambrosini 2015, Blanchet et al. 2016, Shpigelman/Gelkopf 2016, Crock et al. 2017, BMAS 2017) zeigt, dass in vielen europäischen und außereuropäischen Aufnahmeländern bislang ein erhebliches Vollzugsdefizit bei der Umsetzung und Ausschöpfung geltender internationaler Verpflichtungen im Interesse von Menschen mit Behinderung in Fluchtkontexten zu erkennen ist (Conte 2018). Zur Realität des Bekenntnisses internationaler Institutionen (WHO 2016; Alderslade 2016, UNHCR 2018) für eine bessere medizinische Versorgung von Personen mit besonderem Schutzbedarf ist es nicht nur auf nationaler Ebene noch ein weiter Weg. ○

ANMERKUNGEN

- 1 Vgl. das Radio-Feature von SWR2 Wissen: <https://www.swr.de/swr2/programm/sendungen/wissen/zaatari-jordaniens-groesstesfluechtlingslager/-/id=660374/did=21050514/nid=660374/1qfikyq/index.html>.
- 2 Vgl. die Reportage von Thembi Wolf in der der ZEIT vom 16.06.2018: <https://www.zeit.de/politik/ausland/2018-05/rohingya-fluechtlinge-bangladesch-coxs-bazar>.
- 3 Das UN Flüchtlingshilfswerk (UNHCR) erklärt die Verbesserung der Situation von besonders gefährdeten Gruppen 2016 explizit zu einem seiner Leitziele: <http://www.unhcr.org/ceu/8238-en-what-we-docaring-for-the-vulnerablecaring-for-the-vulnerable-in-asylum-html.html>.
- 4 UNICEF ist das Kinderhilfswerk der Vereinten Nationen (United Nations Children's Fund).
- 5 Vgl. hierzu den Artikel *Europas Flucht vor der Realität* von Andre Böhm in der ZEIT vom 6.7.2018.
- 6 <http://medibueros.m-bient.com/startseite.html>.

LITERATUR

- ALDERSLADE, R. (2016): A collective WHO European framework for action to support refugees and migrant health. In: Public Health Panorama Vol. 2, Nr. 4. 424-431. Online verfügbar unter: http://www.euro.who.int/__data/assets/pdf_file/0003/330726/4-Collective-WHO-European-framework.pdf. Aufgerufen am 08.10.2018.

- AMBROSINI, M. (2015): NGOs and Health Services for Irregular Immigrants in Italy: When the Protection of Human Rights Challenges the Laws. In: *Journal of Immigrant & Refugee Studies* Vol. 13. 116–134.
- BECK, U. (2010): *Nachrichten aus der Weltinnenpolitik*. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- BLANCHET, K./FOUAD, M./PHERALI, T. (2016): Syrian refugees in Lebanon: the search for universal health coverage. In: *Conflict and Health* Vol. 10, Nr. 12. 1-5.
- BMAS (2017): *Teilhaberbericht der Bundesregierung über die Lebenslagen von Menschen mit Beeinträchtigungen 2016*. Berlin: BMAS.
- BMFSJF/UNICEF (2017): *Mindeststandards zum Schutz von geflüchteten Menschen in Flüchtlingsunterkünften*. Berlin.
- CASSEE, A. (2016): *Globale Bewegungsfreiheit. Ein philosophisches Plädoyer für offene Grenzen*. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- CONTE, C. (2018): What about Refugees with disabilities? The interplay between EU asylum law and the UN convention on the rights of people with disabilities. *European Journal of Migration and Law*, Vol. 18, Nr. 3. 327-349.
- CROCK, M./SMITH-KHAN, L./MCCALLUM, R./SAUL, B. (2017): *The Legal Protection of Refugees with Disabilities: Forgotten and Invisible?*. Cheltenham: Edward Elgar Publishing.
- ENGLER, M./SCHNEIDER, J. (2015): German Asylum Policy and EU Refugee Protection: The Prospects of the Common European Asylum System (CEAS). In: *Focus Migration: Policy Brief*, Nr. 29. Online verfügbar unter: https://www.bpb.de/system/files/dokument_pdf/Policy%20Brief_German%20Asylum%20Policy%20and%20EU%20Refugee%20Protection_2015.pdf. Aufgerufen am 05.09.2018.
- ERTIK, S. (2017): *Migration und Behinderung als eine Herausforderung für die Soziale Arbeit*. MA-Thesis. TH Köln.
- EUROPÄISCHE UNION (2013): *Richtlinie 2013/33/EU des Europäischen Parlaments und des Rates vom 26.06.2013 zur Festlegung von Normen für die Aufnahme von Personen, die internationalen Schutz beantragen (Neufassung)*. Brüssel.
- FRINGS, D. (2017): Flüchtlinge als Rechtssubjekte oder als Objekte gesonderter Rechte. In: GHADERI, C./EPPENSTEIN, T. (Hrsg.): *Flüchtlinge. Multiperspektivische Zugänge*, Wiesbaden: Springer VS. 95-112.
- HELPPAGE INTERNATIONAL/HANDICAP INTERNATIONAL (2014): *Hidden victims of the Syrian crisis: disabled, injured and older refugees*. Verfügbar unter: <http://www.helpage.org/newsroom/latest-news/hidden-victims-new-research-on-older-disabled-and-injured-syrian-refugees/>. Aufgerufen am 05.09.2018.
- HESS, S./KASPAREK, B./SCHWERTL, M./SONTOWSKI, S. (2015): *Europäisches Grenzregime. Einleitung zur ersten Ausgabe*. In: *Movements. Journal für kritische Migrations- und Grenzregimeforschung* Vol. 1, Nr. 1. Online verfügbar unter: <http://movements-journal.org/issues/01.grenzregime/02.einleitung.html>. Aufgerufen am 05.09.2018.
- KEOHANE, R. O. (1982): The Demand for International Regimes. In: *International Organization*. Vol. 36, Nr. 2. 325–355. Online verfügbar unter: <https://www.cambridge.org/core/journals/international-organization/article/the-demand-for-international-regimes/0D14D12EB2AC7046BEE3E2322996FAC0>. Aufgerufen am 05.09.2018.
- LAHUSEN, CH./SCHNEIDER, S. (2017): *Asyl verwalten. Eine Einleitung*. In: LAHUSEN, C./SCHNEIDER, S. (Hrsg.): *Asyl verwalten. Zur bürokratischen Bearbeitung eines gesellschaftlichen Problems*. Bielefeld: transcript. 7-25.
- LEBENSHILFE BERLIN (2015): *Dokumentation: (K)eine Zukunft: Flüchtlingskinder mit Behinderungen. Menschenrechtsverletzungen in Berlin*. Online verfügbar unter: https://www.lebenshilfe-berlin.de/media/docs/Kita/HVD_Menschenkind_Fluechtlingskinder.pdf. Aufgerufen am 05.09.2018.
- LIST, M./BEHRENS, M./REICHARDT, W./SIMONIS, G. (1995): *Internationale Politik. Grundlagen und Probleme*. Opladen: Leske & Budrich.
- MARKARD, N. (2017): Die Michigan Guidelines zur Bewegungsfreiheit von Flüchtlingen. *Zeitschrift für Flüchtlingsforschung* 1. Jg., Heft 2, 327-334.
- MÜLLER, D. (2010): *Flucht und Asyl in europäischen Migrationsregimen. Metamorphosen einer umkämpften Kategorie am Beispiel der EU, Deutschlands und Polens*. Göttingen: Göttinger Universitätsverlag.
- MYLIUS, M. (2016): *Die medizinische Versorgung von Menschen ohne Papiere in Deutschland. Studien zur Praxis in Gesundheitsämtern und Krankenhäusern*. Bielefeld: transcript.
- PISANI, M./GRECH, SH. (2015): Disability and Forced Migration: Critical Intersectionalities. *Disability and the Global South*. Vol. 2, Nr. 1. S. 421-441.
- ROBERTS, K. (2000): Lost in the System? Disabled Refugees and Asylum Seekers in Britain. In: *Disability & Society*. Vol. 15, Nr. 6. 943-948. Online verfügbar unter: <http://www.tandfonline.com/doi/abs/10.1080/713662008>. Aufgerufen am 05.09.2018.
- SCHÄFFERS, M./WANSING, G. (2016): *Zur Einführung: Teilhabedarfe – zwischen Lebenswelt und Hilfesystem*. In: SCHÄFFERS, M./WANSING, G. (Hrsg.): *Teilhabedarfe von Menschen mit Behinderungen. Zwischen Lebenswelt und Hilfesystem*. Stuttgart: Kohnhammer: 13-23.
- SCHRÖDER, S. (2013): *Die neue EU-Aufnahmerichtlinie und ihre Regelungen im Bezug auf besonders schutzbedürftige Flüchtlinge*. (Vortragsmanuskript) Online verfügbar unter: <https://www.ntfn.de/wp-content/uploads/2013/06/Vortrag-Rain-Susanne-Schröder-EU-Aufnahmerichtlinie.pdf>. Aufgerufen am 05.09.2018.
- SCHÜLLE, M. (2017): *Gesundheits- und Teilhabeleistungen für asylsuchende Menschen mit Behinderungen Teil I und II: Beitrag D17-2017 und D18-2017*. Online verfügbar unter: www.reha-recht.de. Aufgerufen am 05.09.2017.
- SCHULZE WESSEL, J. (2017): *Grenzfiguren – Zur politischen Theorie des Flüchtlings*. Bielefeld: transcript.
- SCHWALGIN, S. (2014): *Flüchtlinge mit Behinderung: Menschen in einer besonders prekären Situation*. In: *Migration und Bevölkerung. Newsletter* 9. Dez. 2014. S. 1-2.
- SHPIGELMAN, C.-N./GELKOPF, M. (2016): *The experiences and needs*

- of individuals with disabilities exposed to chronic political violence. In: *Disability and Rehabilitation*. Vol. 39 Nr. 1. 23-35.
- SIMMONS, K. B. (2010): Addressing the data challenge. In: *Forced Migration Review*. Vol. 35. 10-12.
- SKINNER, M. (2014): The impact of displacement on disabled, injured and older Syrian refugees. In: *Forced Migration Review*. Vol. 39-40.
- SOLDATIC, K./SOMERS, K./BUCKLEY, A./FLEAY, C. (2015): 'Nowhere to be found': disabled refugees and asylum seekers within the Australian resettlement landscape. In: *Disability and the Global South*. Vol. 2, Nr. 1. 501-522.
- SPINKS, H. (2013): Destination anywhere? Factors affecting asylum seekers' choice of destination country. Research Paper No. 1 2012-13. Parliament of Australia, Department of Parliament Services. Online verfügbar unter: https://www.aph.gov.au/About_Parliament/Parliamentary_Departments/Parliamentary_Library/pubs/rp/rp1213/13rp01. Aufgerufen am 09.05.2018.
- STRAIMER, C. (2010): Vulnerable or invisible? Asylum seekers with disabilities in Europe. In: *New Issues in Refugee Research*, Research Paper No. 194. UNHCR. Online verfügbar unter: <http://www.unhcr.org/research/working/4cd9765b9/vulnerable-invisible-asylum-seekers-disabilities-europe-clara-straimer.html>. Aufgerufen am 05.09.2018.
- TURHAN, H. (2016): Gesundheitsversorgung von geflüchteten Menschen mit Behinderung. In: *Rechtsdienst* 3. 151-154. Online verfügbar unter: <http://bvkm.de/wp-content/uploads/Beitrag-zur-Gesundheitsversorgung-von-gef%C3%BChteten-Menschen-mit-Behinderung-im-Rechtsdienst-der-Lebenshilfe-Nr.-3-2016-September-2016.pdf>. Aufgerufen am 05.09.2018.
- UNHCR (2018): *Global Trends. Forced Displacement in 2017*. Report. Geneva: UNHCR and IDC.
- UNHCR (2016): *Vulnerability Screening Tool*. Geneva: UNHCR and IDC.
- WANSING, G./WESTPHAL, M. (2018): Schnittstellen von Behinderung und Migration in Bewegung In: WANSING, G. /WESTPHAL, M. (Hrsg.): *Migration, Flucht und Behinderung: Herausforderungen Für Politik, Bildung und Psychosoziale Dienste*. Wiesbaden: VS. 3-24.
- WEISER, B. (2016): *Sozialleistungen für Menschen mit einer Behinderung im Kontext von Migration und Flucht. Eine Übersicht zu den rechtlichen Rahmenbedingungen*. Hamburg: passage gGmbH. URL: http://www.fluchtort-hamburg.de/fileadmin/user_upload/Expertise_Sozialleistungen_2016_web.pdf (Abruf: 05.09.2018)
- WHO (2016): *Promoting the health of migrants*. Report by the Secretariat. Geneva. URL: http://apps.who.int/gb/ebwha/pdf_files/EB140/B140_24-en.pdf (Abruf: 05.09.2018)
- WILSON, C. A. (2000): Policy Regimes and Policy Change. In: *Journal of Public Policy*. Vol. 20, Nr. 3. 247-274.
- YEO, R. (2015): „Disabled Asylum Seekers? They Don't really exist“. The marginalisation of disabled asylum seekers in the UK and why it matters. In: *Disability and the Global South*. Vol. 2, Nr. 1. 523-550. Online verfügbar unter: <https://disabilityglobalsouth.files.wordpress.com/2012/06/dgs-02-01-07.pdf>. Aufgerufen am 05.09.2017.
- ZINSMEISTER, J. (2017): SGB IX Teil II Kapitel 2 Grundsätze der Leistungen, In: DAU, D./DÜWELL, F. J./JOUSSEN, J. (Hrsg.): *Sozialgesetzbuch IX - Rehabilitation und Teilhabe behinderter Menschen*, 5. Auflage, Baden-Baden: Nomos, Randnummer 12.

SUMMARY

National and supra-national policies on asylum and migration adopt a restrictive diversification of humanitarian and political measures for individuals or groups to qualify for protection. At the same time, there are international regulations (especially EU- and UN-legislation) already in place, which focus on most vulnerable refugees who require prior attention in the asylum procedures. Refugees with disabilities are among the most vulnerable groups. This paper provides a critical discussion of the political and legislative contradictions at the intersection of international asylum and disability rights.

RÉSUMÉ

Les politiques nationales et supranationales en matière d'asile et de migration adoptent une diversification restrictive des mesures humanitaires et politiques permettant aux individus ou groupes de bénéficier d'une protection. Dans le même temps, il existe déjà des réglementations internationales (en particulier la législation de l'UE et de l'ONU) qui se concentrent sur les réfugiés les plus en risque, qui nécessitent une attention préalable dans les procédures d'asile. Les réfugiés handicapés font partie des groupes les plus en risque. Ce document présente une discussion critique des contradictions politiques et législatives à l'intersection des droits internationaux en matière d'asile et de handicap.

RESUMEN

Las políticas nacionales y supranacionales de asilo y migración, persiguen una diversificación restrictiva de las medidas humanitarias y políticas para proteger a individuos o grupos. Al mismo tiempo, ya existen regulaciones internacionales (especialmente en la legislación de la UE y de las Naciones Unidas), que se centran en los refugiados más vulnerables que requieren atención previa en los procedimientos de asilo así como aquellos con discapacidades. Este documento proporciona una discusión crítica de las contradicciones políticas y legislativas en la intersección de los derechos internacionales de asilo y discapacidad.

AUTHOR

Matthias Otten is a professor for Social Sciences and Intercultural Education at Technische Hochschule Köln, Germany. He has published extensively about internationalisation in higher education and intercultural learning. His areas of expertise also include Disability Studies, International Social Work and Migration Studies. Contact: matthias.otten@th-koeln.de.



Schulische Teilhabe im Kontext von Flucht, Behinderung und Benachteiligung – Forschungsprojekt an der Humboldt-Universität zu Berlin

Sophie Friedrich/Claudia Becker/David Zimmermann

Traumatische Belastungen, die durch Zwangsmigration oder Flucht entstehen, gepaart mit körperlichen, kognitiven oder Sinnesbeeinträchtigungen können zu erheblich beeinträchtigten Entwicklungswegen von Kindern und Jugendlichen führen. Schule kommt deshalb eine wichtige Rolle zu, da sie angesichts der doppelten Heterogenitäts- und Risikodimension von Flucht und Behinderung einen geschützten Raum und gleichzeitig Bildungspartizipation und damit neue Zukunftsperspektiven bieten kann. Die Bildungspartizipation von Kindern und Jugendlichen mit Fluchterfahrung und Behinderung ist bislang allerdings noch wenig erforscht. Mit der Pilotstudie *SchuB-F - Schulische Teilhabe im Kontext von Flucht, Behinderung und Benachteiligung* wird deshalb das Ziel verfolgt, die gegenwärtigen Bedingungen für SchülerInnen mit Fluchterfahrungen und vermuteten bzw. diagnostizierten sonderpädagogischem Förderbedarf aus Sicht der SonderpädagogInnen in Deutschland zu erfassen.

Ausgangssituation

Nach Angaben des *World Report on Disability* (2011) ist davon auszugehen, dass schätzungsweise 15 % der Bevölkerung weltweit mit einer Beeinträchtigung¹ leben. In Kombination mit den aktuellen Schätzungen der UNHCR (2018), wonach international 68,5 Millionen Menschen (*Internally Displaced People, Refugees, Asylum-seekers*) aus ihren Herkunftsorten emigrieren mussten, umfasst die Gruppe der zwangsmigrierten Menschen mit Beeinträchtigungen im globalen Kontext etwa 10 Millionen Menschen. Andere Quellen nehmen an, dass es sich sogar um etwa 13,2 Millionen Menschen handelt (WRC 2017).

Es kann begründet davon ausgegangen werden, dass Beeinträchtigungen und Zwangsmigration² in einem wechselseitigen Zusammenhang stehen:

Einerseits kann die Zwangsmigration Bedingungsfeld von Beeinträchtigungen sein (Lorenzkowski 2004; Lechner

2004): Die lebensweltliche Situation zwangsmigrierter Menschen ist häufig charakterisiert durch eine hohe Vulnerabilität verbunden mit dem Risiko des sozialen Ausschlusses. Teilweise bleiben Beeinträchtigungen unentdeckt, wenn sie nicht auf den ersten Blick ersichtlich sind, so wie es beispielsweise bei Hör- und Sehbeeinträchtigungen oder psychischen Störungen der Fall sein kann. Darüber hinaus ist der Zugang zu humanitärer Hilfe in Krisenregionen in Folge von gesellschaftlichen, umweltbedingten oder kommunikativen Barrieren erschwert. Es ist zu vermuten, dass Frauen, Kinder und ältere Menschen sowie Menschen mit Beeinträchtigungen anfälliger für Diskriminierung, Gewalt und Ausbeutung sind. Hinzu kommt, dass seelische Beeinträchtigung, bedingt etwa durch langfristige traumatische Prozesse, sich zwar nicht in einem linear-kausalen Modell aus Fluchterfahrungen ableiten lässt, vielfach jedoch subjektlogisch daraus rekonstruierbar ist (Hoanzl 2017). Psychoanalytische

Theorien und Bindungstheorie legen zudem nahe, dass diese Zusammenhänge auch für die nachfolgenden Generationen gelten (Lennertz 2017).

Andererseits sind Beeinträchtigungen bzw. Behinderungen auch häufig Grund für Zwangsmigrationen, etwa, weil die medizinische Versorgung oder Bildungsangebote für Kinder und Jugendliche mit Beeinträchtigungen im Herkunftsland nicht zur Verfügung stehen. Der mutuelle Zusammenhang von Flucht und Behinderung ist insofern von erheblicher gesellschaftlicher Relevanz, nicht zuletzt für Fragen der Teilhabe und der Bildung.

Für die Situation in Deutschland gibt es statistisch keine verlässlichen Daten, wie viele der Menschen mit Fluchterfahrungen von Beeinträchtigungen betroffen sind. Eine Studie der Hilfsorganisation HelpAge ermittelte, dass ca. 10-15 % der Geflüchteten in Deutschland eine Beeinträchtigung haben, wobei jedoch fluchtbedingte psychische Erkrankungen dabei unberücksichtigt blieben (HelpAge International 2014). Trotz besonderer Schutzbedürftigkeit des Personenkreises nach Artikel 19 der EU-Aufnahmerichtlinien und Artikel 25 der UN-Behindertenrechtskonvention werden keine genauen Angaben darüber geführt. Diese Umstände führen dazu, dass häufig nicht der rechtliche Status, sondern vielmehr die politische Bleibeperspektive darüber entscheidet, welche Ansprüche auf Unterstützung (z.B. in Form sozialrechtlicher Leistungen) den Menschen gewährt wird (Wansing/Westphal 2019).

Kindliche Lebenswelt im Kontext von Flucht und Behinderung

Nachfolgend sollen insbesondere Kinder und Jugendliche, welche sich im Spannungsfeld von Flucht und Behinderung befinden, Beachtung finden. Mit Blick auf die Lebenswelt der neu in Deutschland zugewanderten Mädchen und Jungen ist zunächst festzuhalten, dass es sich dabei um keine homogene Gruppe handelt. Zwar gibt es bislang nur eine sehr unzureichende Datenlage, dennoch weisen verschiedene Aspekte auf strukturelle und nachhaltig wirksame Benachteiligungen hin. Beispielhaft sind dahingehend geringe sozioökonomische Ressourcen, eingeschränkter Zugriff auf Unterstützungs- und Versorgungsleistungen und beengte räumliche Verhältnisse verbunden mit begrenzten Lern-, Spiel- und Rückzugsmöglichkeiten zu nennen (Kemper 2016). Auch ein hohes Maß an Unsicherheit hinsichtlich der Aufenthaltssituation sowie Rassismuserfahrungen können in der Perspektive eines die Kontextfaktoren einbeziehenden Behinderungsbegriffs als Bedingungsfeld derselben begriffen

werden. Gleichwohl sollten Kinder und Jugendliche mit Fluchterfahrungen nicht einseitig aus einer defizitären Haltung betrachtet werden; vielmehr ermöglicht die Verschränkung von Empowerment- und Disempowermentperspektive die Anerkennung des Erlittenen mit Folgen für die Gestaltungsfähigkeit bei gleichzeitiger Anerkennung des Geleisteten und der Möglichkeiten im Hier und Jetzt (Becker 2006). Das bedeutet, eine Unterstützung sowohl von Aktivität als auch von Teilhabe kann es nur geben, wenn die identitätsprägenden Beeinträchtigungen auf diesen Ebenen anerkannt werden. Nicht alle Mädchen und Jungen, die neu in Deutschland angekommen sind, haben instabile Wohn- und Familienverhältnisse (Juang et al. 2015). Jede individuelle Biografie kann dabei einzig „über subjektzentrierte Analysen unter Einbezug der aktuellen Beziehungen und der sie umgebenden großen sozialen Situation verstanden werden“ (Zimmermann 2015: 47).

Durch den Einfluss von Kriegs- und Fluchterfahrungen, dem Verlust von Familie, Freunden und dem vertrauten Umfeld sind zwangsmigrierte Kinder und Jugendliche jedoch häufig großen psychosozialen Belastungen ausgesetzt, welche sich auch auf zukünftige Beziehungen, Erlebens- und Verhaltensmuster auswirken können. Eine gute Annäherung an die Situation der Kinder und Jugendlichen mit Fluchterfahrungen, die mit und teilweise ohne Familienangehörige nach Deutschland gekommen sind, beschreibt der theoretische Rahmen der Sequentiellen Traumatisierung (Keilson 1979; Becker 2006). Grundlegend geht die Konzeption im Gegensatz zur medizinischen Klassifikation der Posttraumatischen Belastungsstörung von der langwierigen und komplizierten Prozesshaftigkeit eines Traumas aus, welche stets von äußeren und inneren Faktoren abhängig ist, die sich wechselseitig auf die individuellen Belastungsverläufe beziehen (Zimmermann 2012; Becker 2006; Müller/Schwarz 2016). Dieses Konzept entwickelte Zimmermann (2012) im Hinblick auf die Bedingungen zwangsmigrierter Jugendlicher weiter. Das entstandene Modell beinhaltet sechs Sequenzen und zeigt auf, dass neben der zentralen traumabedingenden Erfahrung von Flucht und Verfolgung auch die Phasen *vor* und *nach* dieser akuten Situation „traumarelevante Erfahrungsräume“ (Zimmermann/Ullrich 2017: 581) darstellen und eine adäquate Rahmung für die subjektive Wirklichkeit der Einzelnen und dem individuellen Verstehen dieser bietet. Im Sinne des psychoanalytischen Konzepts der Nachträglichkeit (Laplanche/Pontalis 1973), wonach frühkindliche Erfahrungen teilweise erst zu einem viel späteren Zeitpunkt eine traumatische Wirkung

entfalten können (Zimmermann 2012), wird die Verantwortung der Pädagogik im Umgang mit Kindern und Jugendlichen mit Fluchterfahrungen erkennbar. Weiterführen lässt sich diese Herausforderung für pädagogische Fachkräfte im Zusammenhang mit der Betrachtung von Trauma als Beziehungsstörung. Nach dieser Annahme wird von der „innerpsychischen Störung der Beziehung zu sich selbst und zu anderen“ (Zimmermann 2017: 94) ausgegangen. Mit Bezug auf die psychoanalytische Theorie der innerpsychischen Objekte, welche ein Kind in seiner Entwicklung verinnerlicht, können traumatische Erfahrungen massiven Einfluss auf die Ausgestaltung sämtlicher realer Beziehungen haben. Diese „gestörte Beziehung zu den inneren Selbst- und Fremdobjekten geht immer einher mit der Entwicklung starker Ängste, die sich symptomatisch sowohl in aggressiv-ausagierendem als auch in depressiv-zurückgezogenem Verhalten zeigen können“ (Zimmermann 2017: 94). Die Ambivalenz der Gefühle zwischen Beziehungswunsch und Bedrohlichkeit von Nähe-Distanz-Verhältnissen führt nicht selten zu Verhaltensweisen, die im pädagogischen Kontext als emotional stark belastend erlebt werden – das gilt sowohl für die PädagogInnen als auch für die betroffenen Kinder und Jugendlichen.

Verschränkt man darüber hinaus die Dimensionen Beeinträchtigung und Trauma, zeigt sich, dass vielfach in den jeweiligen Biografien „Gewalt eine lebenslange Erfahrung von Anfang an ist“, welche sich „in Gestalt physischer Demütigung, Entrechtung, sozialen Ausschlusses und Entwertung der Lebensform“ (Kühn/Bialek 2017a: 498) darstellt. Traumatische Belastungen können hinsichtlich andauernder Überforderung sowie einem geringen Repertoire an Bewältigungsstrategien gegenüber Stress und Angst erheblich häufiger auftreten und damit die individuelle Lern- und Leistungsfähigkeit massiv einschränken (Kühn/Bialek 2017a). Die Entwicklung unter beeinträchtigenden Bedingungen birgt eine Vielzahl an Situationen, die traumatische Prozesse auslösen können. Dazu gehören beispielsweise prä- und perinatale Bedrohungserfahrungen, erhebliche Störungen der Eltern-Kind-Beziehung, medizinisch-therapeutische Behandlungen, fehlende Teilhabe- und Autonomieerfahrungen, stattdessen Bevormundung und eine Permanenz des „Nicht-Verstanden-Werdens“ (Kühn/Bialek 2014). Insbesondere letztgenannter Aspekt bekommt in der pädagogischen Praxis eine besondere Bedeutung, da diese unzureichenden Verstehensmomente in der Umwelt der Kinder (möglicherweise auch in Folge geringer Kompetenzen in der verbalen Kommunikation oder fremdsprachiger Umgebung), sie zu einem verstärkten

Ausagieren ihrer Bedürfnisse auf der Verhaltensebene führen. Diese Verhaltensweisen, als entwicklungslogische Konsequenz des Kindes, können – selbst in professionellen Kontexten – als sozial inadäquat oder dysfunktional wahrgenommen werden, sodass ein Teufelskreis in der pädagogischen Beziehung entstehen kann (Kühn/Bialek 2017a). Ist diese Form der psychosozialen Beeinträchtigung gepaart mit körperlichen, kognitiven oder Sinnesbeeinträchtigungen, können erheblich beeinträchtigte Entwicklungswege jener Kinder und Jugendlichen daraus erwachsen.

Dies ist jedoch nicht in einem Sinne zu verstehen, dass es die Kombination organischer und psychosozialer Beeinträchtigungen als „zweifache Behinderung“ verstehen lässt (vgl. VENRO, o.J.). Einseitige Kulturalisierungen und Vorannahmen, Kinder mit Beeinträchtigungen seien in spezifischen kulturellen Kontexten stigmatisiert und würden versteckt, lassen sich so in der Realität allzu selten belegen. Sie entsprechen wohl eher den bewussten und unbewussten Phantasmen von HelferInnen (Miles 2013). Vielmehr gilt es, den aktuellen Lebenskontext von zwangsmigrierten Kindern und Jugendlichen mit Beeinträchtigungen und ihrer Familien zu fokussieren. Hier ist Gräber (2018: 61f.) zuzustimmen, die schreibt: „Zusätzlich ergeben sich für Flüchtlinge mit Behinderung jedoch weitere Zugangsprobleme, die aus dem Zusammenspiel von Flucht/Asyl und Behinderung resultieren. Genannt werden neben sprachlichen Barrieren, v.a. in Bereichen, in denen eine hohe Fachsprachenkompetenz nötig ist wie dem Gesundheitsbereich und im Asylverfahren, Kommunikationsprobleme, die aus dem Fehlen von qualifizierten (Gebärden-) Dolmetschern resultieren, häufig aber auch der kulturell unterschiedlichen Wahrnehmung von Behinderung zuzuschreiben sind. (...). Auch das Asylverfahren als solches wird als schwer zugänglich und wenig sensibel für behinderungsspezifische Belange (z.B. durch die Notwendigkeit persönlichen Vorsprechens) geschildert.“

Schulische Teilhabe von Kindern mit Fluchterfahrungen und Behinderung

Da es keine einheitliche schulstatistische Erfassung zur Bildungsbeteiligung von geflüchteten SchülerInnen (mit und ohne Beeinträchtigungen) in Deutschland gibt und der Schulbesuch innerhalb der einzelnen Bundesländer unterschiedlich geregelt ist, lässt sich kaum eine valide Aussage darüber treffen, ob das Recht auf Bildung nach UN-Kinderrechtskonvention und UN-Behindertenrechtskonvention eingelöst wird (Kemper 2016; Panagiotopoulou/Rosen 2017). Mit

Blick auf die Expertise von Klemm (2016) lässt sich konstatieren, dass im Jahr 2015 ca. 150.000 SchülerInnen mit Fluchterfahrungen im schulpflichtigen Alter der Primarstufe und der Sekundarstufe I in Deutschland lebten. Darüber hinaus sind 260.000 geflüchtete Jugendliche und Heranwachsende in einem Alter (16-25 Jahre), das klassischerweise mit dem System der Ausbildungsvorbereitung oder der Ausbildung assoziiert ist. Bislang unbekannt ist in diesem Zusammenhang die Anzahl der Kinder und Jugendlichen mit Fluchterfahrungen, welche von einer Beeinträchtigung betroffen sind. Auch sonderpädagogische Förderbedarfe und separierte bzw. inklusive Beschulungsformen werden für diese Gruppe nicht differenziert erhoben; noch weniger ist hinsichtlich der Bildungssituation von erheblich psychosozial beeinträchtigten Kindern und Jugendlichen bekannt.

Bildung gilt gemeinhin als Schlüssel zur gesellschaftlichen Teilhabe. Ohne Frage kann auch die Bildungspartizipation für neu zugewanderte Kinder und Jugendlichen eine neue Zukunftsperspektive ermöglichen, einen schützenden Raum bieten und dem neuen Alltag im Ankunftsland Struktur und Kontinuität verleihen.

Unabhängig von diagnostiziertem Förderbedarf oder einer festgestellten Beeinträchtigung haben demnach der schulische Alltag, die damit verbundene Struktur und die dortigen Beziehungen für die Gruppe der geflüchteten Kinder und Jugendlichen eine spezifische Bedeutung. Gleichwohl kann genau dieser Alltag für die Kinder und Jugendlichen auch bedrohlichen Charakter haben, überfordernd oder beängstigend sein. Wenn, wie oben skizziert, die Kategorie der Sequentiellen Traumatisierung als sinnvolles Rahmenkonzept für die Erfahrungs- und Erlebenswelt dieser SchülerInnen verstanden wird, dann sind Lehrkräfte und die Institution Schule Beteiligte an einem sequentiell traumatischen Prozess (Zimmermann 2017). Dieser kann sowohl in förderlicher als auch in chronifizierender Art und Weise durch die Schule beeinflusst werden.

Wird also davon ausgegangen, dass die Kumulation von Belastungen durch Zwangsmigration, Behinderung und hohe (familiäre) Belastung sinnvollerweise mit der Traumakategorie katalogisiert werden kann, bedarf es entsprechender schulischer Rahmung zur emotionalen Stabilisierung und sozialen Integration. Der Aspekt der Sicherheit muss stets vorrangig vor den Lerninhalten Beachtung finden, da das *Notfallprogramm* der SchülerInnen im unsicheren Umfeld stets aktiv ist. So ziehen viele geflüchtete SchülerInnen ihre Jacken nicht aus, weil dies der Überlebenslogik auf

der Flucht entsprach. Umso wichtiger sind Routinen, Transparenz, klare Strukturen. Noch wichtiger aber sind die Anerkennung der Belastungen und der Nachvollzug der Subjektlogik in den Verhaltensweisen der SchülerInnen.

„Können Beruhigung und Sicherheit nicht hergestellt werden, entsteht auch kein dialogischer Raum zwischen Kindern und Pädagog_innen“ (Kühn/Bialek 2017a: 504). In erster Linie geht es im Hinblick auf schulische Teilhabe demnach um eine Pädagogik des Sicheren Ortes, welche die Möglichkeit eines geschützten Dialogs bietet. Um eine individuelle Perspektivplanung zu realisieren, besteht dahingehend die Notwendigkeit für PädagogInnen, der kindlichen Subjektlogik zu folgen. Die hohe Verantwortung des pädagogischen Personals liegt damit im Annehmen, Aushalten und Gestalten (Kühn/Bialek 2017b). Diese komplexen psychosozialen Lern- und Verhaltensbedingungen führen mitunter zur Beeinträchtigung der Lernfähigkeit. Mögliche Schwierigkeiten können kognitive Einschränkungen der Konzentrationsfähigkeit und des Erinnerungsvermögens sein, Schreckhaftigkeit, Vermeidungsverhalten sowie die Unfähigkeit, flexibel auf neue Situationen reagieren zu können (Vaysgluz 2007). „Die psychosozialen Bedingungen des Lernens junger Flüchtlinge, die sich meist deutlich von denen ihrer Mitschülerinnen und Mitschüler unterscheiden, finden aber vor dem Hintergrund beengender schulischer Rahmenbedingungen bei einer rein kognitiv orientierten Förderung oft wenig Beachtung“ (Zimmermann 2012: 78). Schulische Lerninhalte sollten demnach so gestaltet sein, dass sie von allen SchülerInnen bewältigt werden können. Weitere Misserfolge, Überforderung und Stress bedeuten für die Kinder und Jugendlichen weitere Erfahrungen der Handlungsunfähigkeit. Ihr individueller Bereich der Zone der nächsten Entwicklung muss notwendigerweise gefunden und berücksichtigt werden (Vygotskij 2001). Weitere theoretische Bezugspunkte für erforderliche schulische Unterstützung, die noch genauer ausbuchstabiert und in der Forschung hinsichtlich ihrer Spezifik untersucht werden müssten, stellen die Container-Funktion (Bion 1992) sowie das Halten und Zumuten (Leber 1988) dar. Dies kann hier zwar nicht umfänglich ausbuchstabiert werden. In beiden Fällen geht es aber darum, dass unaushaltbare Affekte im Rahmen der pädagogischen Beziehung zu aushaltbaren werden, um in Anschluss in einen entwicklungsförderlichen Dialog überführt zu werden.

An dieser Stelle soll auch noch einmal auf die Heterogenität der Lebenswelten von Familien hingewiesen werden, die (Flucht-)Migration erlebt haben und

Im Kontext von Flucht besteht für Kinder und Jugendliche mit einer Migrationsgeschichte eine mindestens doppelt so hohe Wahrscheinlichkeit für die Zuerkennung eines sonderpädagogischen Förderbedarfs wie für ein Kind deutscher Herkunft.

wo Behinderung eine Rolle spielt. Ein Beispiel unterschiedlicher subjektiver Erfahrungen wurde eingehend durch Falkenstörfer und Gasmi (2019) dargestellt. Schlussfolgernd wird dahingehend festgehalten, dass „Annahmen und Zuschreibungen hypothetisch sind und diese durch reflektierte migrations-, behinderungs- und kultursensible sowie subjektorientierte Frage-, Zuhör- und Erzählkultur gemeinsam mit den Familien überprüft und reflektiert werden müssen“ (Falkenstörfer/Gasmi 2019: 40). Damit wird auf die hohe selbstreflexive Fähigkeit und Kommunikationskompetenz hingewiesen, die es im pädagogischen Kontext und in der Interaktion mit geflüchteten SchülerInnen mit Beeinträchtigungen und ihrer Eltern bedarf.

Ein letzter Aspekt soll im Zusammenhang mit schulischer Teilhabe noch Berücksichtigung finden – die Sonderpädagogik und ihre Aufgabe hinsichtlich der Aspekte Flucht und Behinderung. Die Sonderpädagogik definiert sich „maßgeblich über die Zuständigkeit für (...) Kinder und Jugendliche mit Behinderungen und sonderpädagogischen Förderbedarfen, (...) die bis heute nach wie vor am häufigsten außerhalb des allgemeinen Schulsystems in spezifischen Förderschulen unterrichtet werden“ (Lütje-Klose et al. 2018: 20). Mit der Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention und einem inklusiven Schulsystem werden mithin die Aufgaben und Zuständigkeiten neu ausgelotet und im Zuge struktureller und organisatorischer Umwandlungsprozesse neue Herausforderungen sichtbar.

Dabei geht es neben der Förderung von Kindern mit sonderpädagogischem Förderbedarf u.a. auch vermehrt um präventive Angebote, Beratung und Unterstützung von Lehrkräften sowie das Gestalten förderlicher Rahmenbedingungen (Lütje-Klose et al. 2018). Teilhabe soll demnach trotz beeinträchtigender Bedingungen ermöglicht werden. Nach dem bio-psycho-sozialen Modell der *International Classification of Functioning* (ICF) wird Behinderung in Wechselwirkung unterschiedlicher Ebenen beschrieben, und zwar der beeinträchtigenden Funktionen und Strukturen, der möglichen Aktivitäten sowie der sozialen Teilhabe. Die Kategorie der Behinderung ist in diesem Zusammenhang stets auch in Beziehung zu anderen Heterogenitätsdimensionen wie *race*, *class* oder *gender* zu betrachten. Im Falle von allein oder mit ihren Familien geflüchteten Kindern und Jugendlichen sowie unter der Perspektive Sequentieller Traumatisierung handelt es sich hier stets um die Verschränkung unterschiedlicher Heterogenitäts- sowie Beeinträchtigungsdimensionen. Gleichwohl sind empirische Erhebungen, die sich auf das Handlungsfeld Schule beziehen, bis dato nicht verfügbar, mit denen diese intersektionalen Perspektiven der (Sonder-)Pädagogik genauer konturiert werden könnten (vgl. Themenheft Sonderpädagogische Förderung heute 2015 (2)).

Wenn also Partizipationschancen und Aktivitäten aufgrund von personenbezogenen und kontextbezogenen Faktoren eingeschränkt sind, kann es im schulischen Kontext zur Zuschreibung eines sonderpädagogischen Förderbedarfs kommen. „Sonderpädagogischer Förderbedarf ist bei Kindern und Jugendlichen anzunehmen, die in ihrer Bildungs-, Entwicklungs- und Lernmöglichkeit so beeinträchtigt sind, dass sie im Unterricht der allgemeinen Schule ohne sonderpädagogische Unterstützung nicht hinreichend gefördert werden können. Dabei können auch therapeutische und soziale Hilfen weiterer außerschulischer Maßnahmeträger erforderlich sein.“ (KMK 1994). Im Kontext von Flucht besteht für Kinder und Jugendliche mit einer Migrationsgeschichte eine mindestens doppelt so hohe Wahrscheinlichkeit für die Zuerkennung eines sonderpädagogischen Förderbedarfs wie für ein Kind deutscher Herkunft (Lütje-Klose et al 2018). Ob es sich dabei eher um einen Labeling-/Zuschreibungsprozess oder aber um eine Anerkennung spezifisch beeinträchtigter Entwicklung handelt, ist eine theoretisch und empirisch nicht leicht zu beantwortende Frage.

„Für ein geflüchtetes Kind aus Eritrea, das seine Mutter auf der Flucht verloren hat, allein und traumatisiert ist und nach einem halben Jahr Wartezeit

erstmalig die Schule besucht, besteht eine deutlich höhere Wahrscheinlichkeit, dass es aufgrund der vielfachen Benachteiligungen auch in der Schule umfangreiche Unterstützung benötigen wird (...)“ (Lütje-Klose 2018, S 28). Daneben sind es auch Kinder und Jugendliche mit Sinnesbeeinträchtigungen, Einschränkungen der körperlich-motorischen und/oder geistigen Entwicklung, die durch Fluchtmigration mit ihren lebensweltlichen Erfahrungen an die Schulen kommen und denen notwendige sonderpädagogische Maßnahmen in einem inklusiven Erziehungs- und Bildungssystem zur Verfügung gestellt werden müssen.

Vorstellung eines Forschungsprojekts

Für das noch junge Forschungsfeld vor dem Hintergrund von Migration, Flucht und Beeinträchtigung werden insbesondere von der Intersektionalitätsforschung soziale Lebenswirklichkeiten von Menschen aufgegriffen und in ihrer dynamischen Interaktion verschiedener Dimensionen von Heterogenität betrachtet (Wansing/Westphal 2019). Ihre Bedeutung zeigt sich dabei in der intensiven Fokussierung auf Komplexität und Vielschichtigkeit für Zusammenhänge sowie dem Bewusstsein für Vielgestaltigkeit und die Kontingenz von Differenz. Auch wenn durch die Verwendung von Differenzkategorien stets die Gefahr besteht, diese zu verfestigen, bietet das Sichtbarmachen der Wechselwirkungen und Mehrdimensionalität gleichwohl die Voraussetzung, individuelle adäquate Unterstützungsangebote zu entwickeln (Dederich 2015).

Die doppelte Heterogenitäts- wie auch Risikodimension von Flucht und Beeinträchtigung ist erziehungswissenschaftlich bisher erst in Ansätzen ausgearbeitet worden (Bubb/Sachsenhauser 2016; Kauczor 2004). Lediglich für den Förderschwerpunkt Hören liegt eine erste Erhebung zu den Bedarfen von geflüchteten SchülerInnen mit einer Hörbeeinträchtigung sowie zu den Ressourcen, über die Förderschulen verfügen, vor (Becker/Juche 2018). Es kann derzeit deshalb nur geschätzt werden, wie viele Kinder und Jugendlichen mit Fluchthintergrund sonderpädagogischen Förderbedarf aufweisen, etwa im Bereich geistige Entwicklung, Hören, Sehen, emotionale und soziale Entwicklung oder Autismus. Belastbare Zahlen, die die Merkmale *Flucht* und *Beeinträchtigung* miteinander in Beziehung setzen, liegen nicht vor. Wie oben deutlich wurde, darf sich eine umfassende Erhebung der schulischen Situation von Kindern und Jugendlichen mit Flucht- und Behinderungserfahrung jedoch nicht auf (scheinbar) personengebundene Merkmale der Entwicklung beschränken. Vielmehr muss mit einem entsprechenden Forschungsdesign mehrperspektivisch

erhoben werden, inwiefern die individuelle Ausgangslage, die schulstrukturelle Bedingungen und die konkreten (Beziehungs-) Angebote von Fachkräften im Sinne der Entwicklungserschweris oder -förderung ineinandergreifen.

Am Institut für Rehabilitationswissenschaften der Humboldt-Universität zu Berlin soll diesem damit skizzierten hohen Forschungsbedarf im Kontext von Flucht und Behinderung derzeit Rechnung getragen werden. Mittels der Pilotstudie *SchuB-F - Schulische Teilhabe im Kontext von Flucht, Behinderung und Benachteiligung* wird das Ziel verfolgt, die gegenwärtigen Bedingungen für SchülerInnen mit Fluchterfahrungen und vermuteten bzw. diagnostizierten sonderpädagogischem Förderbedarf aus Sicht der SonderpädagogInnen in Deutschland zu erfassen.

Folgende Fragestellungen sollen in dem geplanten Projekt beantwortet werden:

- Wie viele SchülerInnen mit Fluchterfahrungen und sonderpädagogischem Förderbedarf betreuen die befragten SonderpädagogInnen? Welche Formen des Unterrichts besucht diese Gruppe?
- Wie nehmen SonderpädagogInnen die Situation der SchülerInnen mit Fluchterfahrungen und sonderpädagogischem Förderbedarf im emotional-sozialen Bereich sowie im Lernen wahr?
- Wie schätzen SonderpädagogInnen ihre aktuellen Arbeitsbedingungen mit Blick auf die SchülerInnen mit Fluchterfahrungen und sonderpädagogischem Förderbedarf in den Bereichen Diagnostik, Didaktik, Sprachbildung und Elternarbeit ein?
- Über welche Ressourcen, Kooperationen und Netzwerke verfügen SonderpädagogInnen in der Arbeit mit SchülerInnen mit Fluchterfahrungen und sonderpädagogischem Förderbedarf?
- Wie empfinden SonderpädagogInnen ihre eigene Selbstwirksamkeit und Professionalisierung im Hinblick auf die Unterstützung von SchülerInnen mit Fluchterfahrungen und sonderpädagogischem Förderbedarf?
- Welche positiven und kritischen Aspekte sehen die SonderpädagogInnen gegenwärtig in ihren Schulen? Bestehen Wünsche bzw. Anregungen oder auch Befürchtungen für die Zukunft hinsichtlich der Arbeit mit SchülerInnen mit Fluchterfahrungen und Beeinträchtigung?

Für die Studie wird eine quantitative Datenerhebung mittels eines neu entwickelten, nicht standardisierten Online-Fragebogens durchgeführt. Um aussagekräftige Daten zu generieren, operationalisiert das Instrument folgende Bereiche: Erfahrungen zur schulischen Situation im Bereich emotionaler und sozialer

Entwicklung sowie des Lernens, Didaktik und Lehr-/Lernmaterial, Diagnostik, Sprachbildung, Elternarbeit, Netzwerke und Kooperation, Ressourcen sowie Aspekte der Selbstwirksamkeit und Professionalisierung. Geschlossene und offene Kategorien bieten dabei die Möglichkeit der sowohl quantitativen als auch qualitativen Auswertung.

Maßgebliches Ziel des Forschungsvorhabens ist die Annäherung an die schulische Situation von Kindern und Jugendlichen mit Fluchterfahrungen und Behinderung. In weiteren Forschungsschritten, die sich derzeit in der Planungsphase befinden, sollen die spezifischen Erlebens- und Lerngeschichten der geflüchteten Kinder- und Jugendlichen, ihrer pädagogischen Beziehungspersonen und die dortigen Rahmenbedingungen in einem primär qualitativen Design hinsichtlich ihrer Tiefendimension erhoben werden. Auf der Basis dieser Datengrundlage sollen Handlungsempfehlungen für die pädagogische Praxis sowie für anknüpfende wissenschaftliche Untersuchungen abgeleitet werden. Darüber hinaus sollen Professionalisierungsangebote für den Kontext Flucht, Trauma und Behinderung generiert und in die Praxis transferiert werden.

Schlussbemerkung

Eine derart angelegte Forschung bedarf in der derzeitigen gesellschaftlich-politischen Situation in Europa einer entsprechenden Kontextualisierung. Familien mit Fluchterfahrungen und Kindern mit Behinderung, so könnte zumindest hypothetisiert werden, sind derzeit teils mehrfachen, oft aber auch diffusen Stereotypisierungen und Diskriminierungen ausgesetzt, die sich mittelbar auch auf die Entwicklungschancen der Kinder und Jugendlichen auswirken dürfte. Auch die Fachkräfte sind als VertreterInnen der Mehrheitsgesellschaft in der einen oder anderen Weise damit befasst – sei es, weil sie selbst implizit erhebliche (rassistische) Vorurteile in die Interaktion mit den SchülerInnen einbringen, sei es, weil ihre pädagogische Arbeit im gesellschaftlichen Kontext Entwertung erfährt.

Gleichzeitig ordnet sich die hier durchgeführte Forschung in einen sonderpädagogischen Diskurs ein, bei dem spezifische Belastungen nicht verleugnet, jedoch in ihrer Vielschichtigkeit anerkannt werden. Bei allen Schwierigkeiten, die ein intersektionales Paradigma hinsichtlich des Forschungsdesigns mit sich bringt, erscheint es aktuell dennoch die sinnvollste Perspektive auf die Komplexität von Beeinträchtigung und Behinderung im Kontext von Flucht zu sein. ○

ANMERKUNGEN

- 1 Analog zur Nutzung der Termini in der ICF wird der Begriff *Beeinträchtigung* im Sinne von nicht umfänglich gewährleister Aktivität und Partizipation verwendet, der eine Schädigung im organischen Sinn zugrunde liegen kann. *Behinderung* wird ebenso analog zur ICF als formaler Oberbegriff für die Beeinträchtigungen auf allen drei Ebenen (Körper, Aktivität, Teilhabe) verstanden, der explizit die situativen Kontextfaktoren einbezieht. Gleichwohl verweisen die AutorInnen darauf, dass jene terminologischen Abgrenzungen niemals trennscharf und manchmal auch irreführend sind.
- 2 Eine differenzierte terminologische Bestimmung von Flucht, Zwangsmigration und Migration kann im Rahmen dieses Beitrags nicht geleistet werden. Es ist jedoch begründeterweise davon auszugehen, dass zahlreiche Menschen, die ihre Heimat zwangsweise verlassen mussten, nicht *Flüchtlinge* im Sinne der Genfer Konvention sind. Deshalb wird hier vorrangig der Terminus *Zwangsmigration* verwendet; *Flucht* dann, wenn es explizit um die Tatsache von Emigration vor Krieg oder Verfolgung geht. Eine wirkliche Trennschärfe ist aufgrund der sehr unterschiedlichen Bedingungen jedoch ohnehin nicht gegeben.

LITERATUR

- ADAM, H./INAL, S./BISTRITZKY, H. (2016): Seelische Belastungen von Flüchtlingskindern in der Schule. In: *Sonderpädagogische Förderung heute* 61 (1), 12-22.
- BECKER, C./JUCHE, H. (2018): Hörgeschädigte Schüler mit Fluchthintergrund an Förderschulen mit dem Förderschwerpunkt „Hören und Kommunikation“. In: *Hörgeschädigtenpädagogik* 71 (1), 6-14.
- BECKER, D. (2006): Die Erfindung des Traumas. *Verflochtene Geschichten*. Gießen.
- BION, W. R. (1992): *Lernen durch Erfahrung*. Berlin.
- BMAS (2016): *Zweiter Teilhabebericht über die Lebenslagen von Menschen mit Beeinträchtigungen in Deutschland*. Bonn.
- BUBB, S/SACHSENHAUSER, K. (2016). Zur Situation unbegleiteter minderjähriger Flüchtlinge mit einer Hörschädigung in Deutschland - eine Fallbeschreibung. In: *Sonderpädagogische Förderung heute*, 61 (1), 87-97.
- DEDERICH, M. (2015): Intersektionalität und Behinderung. In: *Sonderpädagogische Förderung heute* 60 (2), 137-151.
- FALKENSTÖRFER, S./GASMI, J. (2019): Migration und Behinderung als Widerfahrnisse und ihr Einfluss auf die Lebenswelt von Familien. In: WESTPHAL, M./WANSING, G. (Hrsg.): *Migration, Flucht und Behinderung. Herausforderungen für Politik, Bildung und psychosoziale Dienste* (27-41). Wiesbaden.
- GRÄBER, D. (2018) *Das professionelle Selbstverständnis von Flüchtlingssozialarbeitenden im Kontext von Krankheit und Behinderung – Versorgen, Begleiten, Kämpfen*. Dissertation (Unveröffentlichtes Manuskript). Berlin.
- HELPPAGE INTERNATIONAL (2014): *Hidden Victims of the Syrian Crisis: disabled, injured and older refugees*. London/Lyon.

- HOANZL, M. (2017): Bedrohtes Zuhause und der Verlust von Heimat. Existenzielle (Lebens-)Themen auf Nebenwegen im Unterricht. In: BLEHER, W./GINGELMAIER, S. (Hrsg.): Kinder und Jugendliche nach der Flucht: Notwendige Bildungs- und Bewältigungsangebote (40-64). Weinheim/Basel.
- JUANG, L./VIETZE, J./SCHACHNER, M. (2015): Flüchtlingskinder im Klassenzimmer. Was wir wissen und was wir tun können. In: Potsdamer Zentrum für empirische Inklusionsforschung (ZEIF), 12, 1-12.
- KAUCZOR, C. (2004): Migration, Flucht und Behinderung – Eine transkulturelle Behindertenhilfe als gesellschaftliche und institutionelle Herausforderung für Deutschland. In: KAUCZOR, C./LORENZKOWSKI, S./AL MUNAIZEL, M. (Hrsg.): Migration, Flucht und Behinderung (69-80). Essen.
- KEILSON, H. (1979): Sequentielle Traumatisierung bei Kindern. Deskriptiv-klinische und quantifizierend-statistische follow-up Untersuchung zum Schicksal der jüdischen Kriegswaisen in den Niederlanden. Stuttgart.
- KEMPER, T. (2016): Zur schulstatistischen Erfassung der Bildungsbe- teiligung von Flüchtlingen und Asylbewerbern. In: Sonderpädago- gische Förderung heute 61 (2), 194-204.
- KLEMM, K. (2016): Schülerinnen und Schüler aus Flüchtlingsfamilien: Eine Expertise zum Personalbedarf. Essen.
- KMK (1994): Empfehlungen zur sonderpädagogischen Förderung in den Schulen in der Bundesrepublik Deutschland. Berlin.
- KÜHN, M./BIALEK, J. (2014): Traumatisierte Kinder und Jugendliche mit geistigen Behinderungen. Zum Auftrag der Pädagogik. In: GALEITHNER, S. B./HENSEL, T./BAIERL, M./KÜHN, M./SCHMID, M. (Hrsg.): Traumapädagogik in psychosozialen Handlungsfeldern (225-238), Göttingen.
- KÜHN, M./BIALEK, J. (2017a): Trauma und Behinderung. Herausforde- rung für kindliche Lernräume. In: JÄCKLE, M./WUTTIG, B./FUCHS, C. (Hrsg.): Handbuch Trauma – Pädagogik – Schule (494-512). Bielefeld.
- KÜHN, M./BIALEK, J. (2017b): Fremd und kein Zuhause. Traumapäd- agogische Arbeit mit Flüchtlingskindern. Göttingen.
- LAPLANCHE, J./PONTALIS, J.-B. (1973): Das Vokabular der Psycho- analyse. Berlin.
- LEBER, A. (1988): Zur Begründung des fördernden Dialogs in der psychoanalytischen Heilpädagogik. In: IBEN, G. (Hrsg.): Das Dialo- gische in der Heilpädagogik (41-61). Mainz.
- LECHNER, I. (2004): MigrantInnen und Flüchtlinge mit Behinderung in so genannten Entwicklungsländern. In: KAUCZOR, C./LO- RENZKOWSKI, S./AL MUNAIZEL, M. (Hrsg.): Migration, Flucht und Behinderung (95-105). Essen.
- LENNERTZ, I. (2017): Intergenerationales Trauma und Wege der Erfahrungsverarbeitung bei Flüchtlingskindern. In: LEUZINGER- BOHLEBER, M./BAHRKE, U./HAU, S./ARNOLD, S./FISCHMANN, T. (Hrsg.): Flucht, Migration und Trauma: Die Folgen für die nächste Generation (377-390). Göttingen.
- LINDMEIER, C./LEONHARDT, A./STINKES, U./WEISS, H./ZIMMERMANN, D. (2015): Sonderpädagogische Förderung heute. Intersektio- nalität: Impulse für eine inklusionsbezogene Pädagogik 60 (2). Weinheim.
- LORENZKOWSKI, S. (2004): Zusammenhänge von Flucht, Migration und Behinderung. In: KAUCZOR, C./LORENZKOWSKI, S./AL MUNAI- ZEL, M. (Hrsg.): Migration, Flucht und Behinderung (39-54). Essen.
- LÜTJE-KLOSE, B./NEUMANN, P./THOMS, S./WERNING, R. (2018): Inklusive Bildung und Sonderpädagogik – eine Einführung. In: LÜTJE-KLOSE, B./RIEKE-BAULECKE, T./WERNING, R. (Hrsg.): Basiswissen Lehrerbildung: Inklusion in Schule und Unterricht. Grundlagen in der Sonderpädagogik (9-58). Seelze.
- MILES, M. (2003): International Strategies for Disability-related Work in Developing Countries: historical and critical reflections. In: Behinderung und Dritte Welt 14 (3), 96-106.
- MÜLLER, C./SCHWARZ, U. J. (2016): Psychosoziale Aspekte der päd- agogischen Arbeit mit geflüchteten Kindern und Jugendlichen. In: Sonderpädagogische Förderung heute 61 (1), 23-38.
- POWELL, J. J. W./WAGNER, S. J. (2014): An der Schnittstelle Ethnie und Behinderung benachteiligt. Jugendliche mit Migrations- hintergrund an deutschen Sonderschulen weiterhin überreprä- sentiert. In: WANSING, G./WESTPHAL, M. (Hrsg.): Behinderung und Migration. Inklusion, Diversität, Intersektionalität (177-199). Wiesbaden.
- UNHCR (2018): Global Trends. Forced Displacement in 2017. Genf.
- VAYSGLUZ, O. (2007): Grundlagenwissen zum Begriff Trauma. In: EQUAL Entwicklungspartnerschaft FLUCHTort Hamburg (Hrsg.): Lernen trotz Trauma: Möglichkeiten der beruflichen Qualifi- zierung von kriegs- und fluchttraumatisierten Frauen (21-35). Hamburg.
- VENRO (Verband Entwicklungspolitik deutscher Nichtregierungsor- ganisationen e.V.) (o.J.): Entwicklung braucht Beteiligung. Wege zur gleichberechtigten Teilhabe von Menschen mit Behinderung in der Entwicklungszusammenarbeit. Online verfügbar unter: http://www.venro.org/fileadmin/Publikationen/arbeitspa- piere/EntwicklungbrauchtBeteiligung_1_.pdf. Aufgerufen am 27.09.2018.
- VYGOTSKIJ, L.S. (2001): Zur Frage kompensatorischer Prozesse in der Entwicklung des geistig behinderten Kindes. In: JANTZEN, W. (Hrsg.): Jeder Mensch kann lernen: Perspektiven einer kulturhi- storischen (Behinderten-)Pädagogik (109-134). Neuwied.
- WCR (2017): Fact Sheet: Disability Program. New York.
- WESTPHAL, M./WANSING, G. (2019): Schnittstellen von Behinderung und Migration in Bewegung. In: WESTPHAL, M./WANSING, G. (Hrsg.): Migration, Flucht und Behinderung. Herausforderungen für Politik, Bildung und psychosoziale Dienste (3-24). Wiesbaden.
- WHO (2011): World Report on Disability. Malta.
- ZIMMERMANN, D. (2012): Migration und Trauma. Verstehen und Han- deln in der Arbeit mit jungen Flüchtlingen. Gießen.
- ZIMMERMANN, D. (2015). „Gepöbelte Hunde reagieren so.“ Zwangs- migration, traumatisch beeinflusste pädagogische Beziehun- gen und der Nutzen tiefenhermeneutischen Verstehens. Freie Assoziation. Zeitschrift für psychoanalytische Sozialpsychologie 18 (1), 43-69.

ZIMMERMANN, D. (2017): Die innere und äußere Beziehungsstörung - eine (psychoanalytisch-) pädagogische Perspektive auf das Phänomen Trauma. In: JÄCKLE, M./WUTTIG, B./FUCHS, C. (Hrsg.): Handbuch Trauma - Pädagogik - Schule (87-107). Bielefeld.

ZIMMERMANN, D. & ULLRICH, F. (2017): Sequentielle Traumatisierung bei (Zwangs-)Migration. Belastungen und die bewältigende Kraft pädagogischer Interaktion. In: JÄCKLE, M./WUTTIG, B./FUCHS, C. (Hrsg.): Handbuch Trauma - Pädagogik - Schule (578-595). Bielefeld.

SUMMARY

Traumatic Stress caused by forced migration and flight coupled with physical cognitive or sensory handicap can lead to substantially affected development paths of children and youth. The school has therefore an important role as it provides a protected space facing and simultaneously participation in education and thereby new future perspectives in the light of the twofold dimension of heterogeneity and risk of flight and disability. Participation in education of children and youth with experience of displacements and disability is however still poorly explored. In a pilot study *SchuB-F - Participation in Education in the Context of Flight, Disability and Discrimination* the aim therefore is to explore current conditions for pupils with the experience of flight and expected of diagnosed special educational needs from the perspective of special needs teacher in Germany.

RÉSUMÉ

Le stress traumatique causé par la migration ou la fuite forcée, couplé avec des déficiences physiques, cognitives ou sensorielles, peut entraîner des troubles importants du développement chez les enfants et les adolescents. L'école a un rôle important à jouer car, compte tenu de la double hétérogénéité et de la dimension de risque de la fuite et du handicap, elle peut offrir un espace protégé et en même temps une participation éducative et donc de nouvelles perspectives pour l'avenir. Cependant, la participation scolaire des enfants et des jeunes ayant une expérience de vol et des handicaps n'a jusqu'à présent fait l'objet que de peu de recherches. L'étude pilote «*SchuB-F - Participation scolaire dans le contexte de la fuite, du handicap et de la défavorisation*» a donc pour but d'enregistrer les conditions actuelles des élèves* ayant une expérience de vol et dont les besoins éducatifs spéciaux sont suspectés ou diagnostiqués du point de vue des pédagogues spécialisés* en Allemagne.

RESUMEN

El estrés traumático causado por la migración forzada o la huida que a su vez tiene discapacidades físicas, cognitivas o sensoriales, puede afectar significativamente el desarrollo de niños y adolescentes, por lo tanto, la escuela tiene un papel importante que desempeñar, ya que puede ofrecer un espacio protegido y al mismo tiempo, una participación educativa ante nuevas perspectivas de vista de la doble heterogeneidad y la dimensión de riesgo de huida y su discapacidad. La participación educativa de niños y adolescentes con experiencia

de escape y discapacidad ha sido poco investigada hasta ahora. El objetivo del estudio piloto “*SchuB-F - Participación escolar en el contexto de escape, discapacidad y desventaja*”, por lo tanto, se registran y evalúan las condiciones actuales de los estudiantes con experiencia de huida, educación especial o sospecha de necesidades especiales desde el punto de vista de los maestros de educación especial en Alemania.

AUTOREN

Sophie Friedrich ist wissenschaftliche Mitarbeiterin am Institut für Rehabilitationswissenschaften an der Humboldt-Universität zu Berlin. Ihr aktueller Arbeitsschwerpunkt ist die Forschungscoordination im Bereich Flucht und Behinderung.

Claudia Becker ist Professorin und Leiterin der Abteilung Gebärdensprach- und Audiopädagogik an der Humboldt-Universität zu Berlin. Ihre Forschungsschwerpunkte sind die bimodal-bilinguale Bildung hörbeeinträchtigter Kinder, Gebärdenspracherwerb, Gebärdensprachlinguistik und die Kommunikation schwerhöriger und gehörloser Menschen.

David Zimmermann ist Professor und Leiter der Abteilung Pädagogik bei psychosozialen Beeinträchtigungen am Institut für Rehabilitationswissenschaften der Humboldt-Universität zu Berlin. Er forscht und lehrt zu den Themen *Trauma, Traumapädagogik, Psychoanalytische Pädagogik* und *Fallverstehen*. Seine Projekte verbinden eine fachwissenschaftliche Perspektive mit Lehrerbildung und schulischer Praxis.

Kontakt: sophie.friedrich.1@hu-berlin.de,

claudia.becker@hu-berlin.de, david.zimmermann@hu-berlin.de.

Geflüchtete Menschen mit Behinderungen – Handlungsnotwendigkeiten für eine bedarfsgerechte Aufnahme in Deutschland

Positionspapier herausgegeben vom Deutschen Institut für Menschenrechte¹

Geflüchtete Menschen mit Behinderungen sind besonders schutzbedürftig. Sie haben das Recht auf eine bedarfsgerechte Aufnahme in Deutschland. Bei ihrer Ankunft wird ihr Unterstützungsbedarf jedoch weder systematisch erfasst noch berücksichtigt. Auch in Zeiten, in denen weniger Schutzsuchende nach Deutschland kommen, bestehen diese Probleme weiter. Bund, Länder und Kommunen sollten dafür sorgen, dass die Bedarfe von geflüchteten Menschen mit Behinderungen erkannt und sie entsprechend unterstützt werden².

Menschen mit Behinderungen, die als Flüchtlinge und Asylsuchende nach Deutschland kommen, sind besonders schutzbedürftig. Sie treffen auf sprachliche und kulturelle Hürden sowie auf behinderungsbedingte Barrieren. Diese können zu besonderen Benachteiligungen führen, wenn die Menschen nicht die individuell notwendige Unterstützung erhalten. Das betrifft unter anderem blinde und gehörlose Menschen, allein reisende Männer mit körperlichen Beeinträchtigungen durch Kriegsverletzungen, chronisch kranke oder traumatisierte Menschen sowie Kinder mit intellektuellen Beeinträchtigungen. Wie viele Geflüchtete mit Behinderungen in Deutschland leben und welche Beeinträchtigungen sie haben, ist nicht bekannt. Weder auf Bundes- noch auf Landesebene werden derzeit dazu Statistiken erhoben. Schätzungen gehen jedoch davon

aus, dass mindestens 15 Prozent aller Geflüchteten beeinträchtigt sind³. Der Anteil der traumatisierten Menschen ist noch erheblich höher: Studien zufolge waren in den letzten Jahren zwischen 16 und 55 Prozent der Asylsuchenden in Deutschland traumatisiert⁴.

Die UN-Behindertenrechtskonvention (UN-BRK) verpflichtet staatliche Stellen dazu, auch die Rechte von geflüchteten Menschen mit Behinderungen zu verwirklichen. Von zentraler Bedeutung sind unter anderem das Recht auf eine bedarfsgerechte und barrierefreie Unterbringung (Artikel 28 in Verbindung mit Artikel 9 UN-BRK), das Recht auf ein erreichbares Höchstmaß an Gesundheit (Artikel 25 UN-BRK) sowie das Recht auf Rehabilitationsleistungen (Artikel 26 UN-BRK). Auch die EU-Aufnahmerichtlinie bekräftigt diese Anforderungen, indem sie den EU-Staaten vorschreibt, in der Flüchtlingsaufnahme die spezielle Situation besonders Schutzbedürftiger, darunter Menschen mit Behinderungen, zu berücksichtigen. Dies schließt deren Identifikation, die Berücksichtigung ihrer Lage in der Unterbringung und erforderliche medizinische und sonstige Hilfen ein⁵.

Bund, Länder und Kommunen kommen den genannten menschenrechtlichen Verpflichtungen derzeit jedoch nur unzureichend nach. Dies wird aus Praxisberichten deutlich, die die Monitoring-Stelle UN-Behindertenrechtskonvention des Deutschen Instituts für

Menschenrechte 2017 ausgewertet hat und die auf der Beratung von insgesamt rund 2.000 geflüchteten Menschen mit Behinderungen basieren. Sie erwiesen sich als weitestgehend übereinstimmend und liefern die Grundlage für die im Folgenden geschilderten Defizite⁶.

Beeinträchtigungen werden nicht erfasst, Bedarfe nicht festgestellt

In Deutschland werden geflüchtete Menschen mit Behinderungen bislang nicht als solche erfasst. Die Behörden erheben also nicht, ob eine Beeinträchtigung vorliegt und welcher Art diese ist. Genauso wenig stellen sie fest, ob die Menschen aufgrund ihrer Beeinträchtigung individuelle Unterstützung benötigen. Eine solche Identifikation und Bedarfsfeststellung ist jedoch die Voraussetzung für die bedarfsgerechte Aufnahme dieser Menschen. Um in der Flüchtlingsaufnahme nicht benachteiligt zu werden, benötigen sie je nach Art der Beeinträchtigung unterschiedliche Formen an Unterstützung. Dies reicht von besonderen Kommunikationsformen (Gebärdensprache, Leichte Sprache, Braille-Schrift) über barrierefreie Räumlichkeiten bis hin zu einer angemessenen Gesundheitsversorgung. Hierauf wies auch der UN-Ausschuss für die Rechte von Menschen mit Behinderungen hin: Er forderte die internationale Staatengemeinschaft 2017 auf, behördliche Verfahren zur Erfassung von geflüchteten Menschen mit Behinderungen

und deren Bedarfsfeststellung einzuführen⁷. Eine entsprechende Verpflichtung zur Identifikation besonders schutzbedürftiger Geflüchteter ergibt sich ebenfalls aus der EU-Aufnahmerichtlinie, die jedoch in Deutschland bisher nicht umgesetzt wird. In der Praxis werden Beeinträchtigungen und die damit verbundenen spezifischen Bedarfe geflüchteter Menschen mit Behinderungen nach Kenntnis der Monitoring-Stelle bislang nur zufallsbasiert und bestenfalls vereinzelt erkannt. Kein Bundesland scheint bislang ein systematisches Verfahren entwickelt zu haben, durch das Behörden sicherstellen, dass die Rechte von Menschen mit Behinderungen hinreichend gewährleistet werden. Soweit in der Flüchtlingsaufnahme Beeinträchtigungen erkannt werden, geschieht dies entweder während der verpflichtenden medizinischen Erstuntersuchung durch die Gesundheitsämter, die jedoch lediglich der Diagnose übertragbarer Krankheiten zum Schutz der öffentlichen Gesundheit dienen (§ 62 Asylgesetz), oder durch in der Sozialarbeit Tätige im laufenden Betrieb der Einrichtungen. Beide Wege haben nicht das Ziel der systematischen Erfassung von Beeinträchtigungen und individuellen Bedarfsfeststellung; sie erreichen nur einen Bruchteil der Betroffenen und in der Regel werden, wenn überhaupt, nur sichtbare Beeinträchtigungen erkannt. Notwendige systematische behördliche Verfahren der Identifikation können dadurch nicht ersetzt werden. Tatsächlich leben Praxisberichten zufolge viele Menschen mit Behinderungen über Monate oder Jahre in einer Flüchtlingsunterkunft, ohne als solche erkannt und unterstützt zu werden.

Unterkünfte sind weder barrierefrei noch gut erreichbar

Geflüchtete Menschen mit Behinderungen werden in Deutschland selten bedarfsgerecht untergebracht. In den Ländern und Kommunen gibt es nur vereinzelt barrierefreie Sammelunterkünfte oder Plätze. Ihre genaue Zahl ist nicht bekannt und wird nicht systematisch erfasst⁸. Darüber hinaus wird nicht dafür gesorgt, dass Menschen mit Behinderungen in die mancherorts vorhandenen Einrichtungen mit barrierefreien Plätzen oder Unterkünften für besonders Schutzbedürftige gebracht werden. Erfahrungen aus der Praxis zeigen vielmehr, dass bei der Zuweisung häufig nicht berücksichtigt wird, ob eine Person eine Beeinträchtigung hat. So musste beispielsweise ein spastisch gelähmter 13-Jähriger von seiner alleinerziehenden Mutter beim Gang zum Bad oder zur Küche täglich Treppen hinauf- und hinabgetragen werden, da sich das zugewiesene Zimmer auf einer anderen Etage befand und es in einer Sammelunterkunft keinen Fahrstuhl gab. Darüber hinaus wird unter Barrierefreiheit in der Regel lediglich ein rollstuhlgerechter Zugang verstanden. Die Bedarfe von Menschen mit anderen Beeinträchtigungen werden nur selten erfüllt. Dazu gehören beispielsweise Blindenleitsysteme, Lichtklingeln für gehörlose oder schwerhörige Geflüchtete oder die Beschilderung durch Piktogramme für Menschen mit intellektuellen Beeinträchtigungen.

Eine weitere Schwierigkeit: Sammelunterkünfte für Geflüchtete liegen mehrheitlich in Gewerbegebieten, am Stadtrand oder auf dem flachen Land. Sie sind schlecht an das örtliche Verkehrsnetz und das öffentliche Leben angebunden. Geflüchteten Menschen mit

Behinderungen wird dadurch der Zugang zu behinderungsspezifischer Unterstützung erschwert: Einrichtungen der Behindertenhilfe, Beratungsorganisationen, Gesundheitsdienstleistungen, aber auch Schulen und Kindertagesstätten sind nur schwer zu erreichen. Diese mangelnde Sozialraumorientierung der Einrichtungen schränkt die gesellschaftliche Teilhabe von Geflüchteten mit Behinderungen ein und steht nicht im Einklang mit ihrem Recht auf Leben in der Gemeinschaft (vgl. Artikel 19 UN-BRK).

Unzureichende gesundheitliche Versorgung

Geflüchtete Menschen mit Behinderungen werden Praxisberichten zufolge in den ersten 15 Monaten ihres Aufenthalts in Deutschland häufig nicht ausreichend versorgt. Gemäß dem Asylbewerberleistungsgesetz stehen Asylsuchenden während der ersten 15 Monate ihres Aufenthalts medizinische Behandlungen nur bei akuten Erkrankungen und Schmerzzuständen zu (§ 4 Asylbewerberleistungsgesetz (AsylbLG)). Sonstige, darüberhinausgehende Leistungen liegen im Ermessen der Sozialbehörden und können gewährt werden, „wenn sie im Einzelfall zur Sicherung des Lebensunterhalts oder der Gesundheit unerlässlich“ sind (§ 6 Absatz 1 AsylbLG)⁹. Für geflüchtete Menschen mit Behinderungen bedeutet dies, dass sie notwendige Hilfen in aufwendigen Verfahren beantragen müssen und nie gewiss ist, wie die Behörden entscheiden. Einen subjektiven Rechtsanspruch auf behinderungsbedingte Leistungen haben sie nicht. Dies betrifft unter anderem Psychotherapie, Rehabilitationsleistungen (Ergotherapie, Logopädie, Krankengymnastik), Hör- und Sehhilfen, orthopädische

Hilfsmittel (wie Prothesen, Rollstühle, Gehhilfen), Blutdruck- und Zuckermessgeräte, sowie Hilfen zur Pflege (Inkontinenzmaterial, Windeln). Viele Geflüchtete sind auf diese Hilfen jedoch angewiesen, auch um Chronifizierungen von Beeinträchtigungen vorzubeugen.

Nach heutigem Kenntnisstand gehen die Sozialbehörden bei der Bewilligung behinderungsbedingter Unterstützung bundesweit sehr restriktiv vor: Anträge auf Leistungen werden nach aufwendigen Verfahren auch in dringenden Fällen spät oder gar nicht bewilligt. Die Sachbearbeitenden der Kommunen verfügen häufig nicht über das notwendige medizinische und rehabilitationswissenschaftliche Fachwissen, um die Bedarfe zu beurteilen. Bei der Prüfung der Anträge lehnen die Behörden dringend benötigte Hilfen auf Basis negativer Bleibeperspektive ab. Das führt dazu, dass sich Beeinträchtigungen verschlimmern und zum Teil irreversible Folgeschäden entstehen, wie etwa bei einem zweijährigen Jungen, der orthopädische Hilfsmittel (Fußorthesen) und einen Stehständer benötigte, um laufen lernen zu können. Seine Anträge auf Hilfsmittel wurden jedoch immer wieder abgelehnt. Erst achtzehn Monate nach seiner Ankunft in Deutschland erhielt er die notwendigen Hilfsmittel, mittlerweile hatten sich Fehlbildungen in Hüfte und Gelenken entwickelt.

Besonders schwierig ist die Situation auch für Menschen, die stationär oder durch eine 24h-Assistenz versorgt werden müssten, da sie pflegebedürftig, schwer- und mehrfachbehindert sind oder als Sterbepatient_in eine palliative Betreuung benötigen. Auch sie können Hilfen lediglich über das AsylbLG beantragen und haben kein Recht auf eine stationäre Versorgung außerhalb der Flüchtlingsheime. Die

Heime können die notwendige Unterstützung und Betreuung jedoch nicht leisten.

Der Bundesregierung liegen nach eigenen Angaben weder zur konkreten Versorgungssituation von Asylsuchenden mit Behinderungen noch zur tatsächlichen Anwendung des Asylbewerberleistungsgesetz Erkenntnisse vor. Sie geht jedoch davon aus, deren Versorgung mit Heil- und Hilfsmitteln im Bundesgebiet sei nicht mangelhaft¹⁰. Diese Auffassung kann im Lichte der festgestellten Versorgungsdefizite in der Praxis nicht überzeugen.

Empfehlungen

Geflüchtete Menschen mit Behinderungen können sich auf die Rechte der UN-Behindertenrechtskonvention berufen. Mit Blick auf die strukturellen Schwächen der aktuellen Aufnahmepraxis bedarf es besonderer Anstrengungen, um das Thema Behinderung in der Flüchtlingspolitik systematisch zu berücksichtigen (*disability mainstreaming*). Das gilt auch in Zeiten, in denen weniger Schutzsuchende nach Deutschland kommen. Die Monitoring-Stelle UN-Behindertenrechtskonvention empfiehlt deshalb:

- 1 Bund und Länder sollten verbindlich regeln, wie die Anzahl an Menschen mit Behinderungen unter den neu ankommenden Geflüchteten und die Art ihrer Beeinträchtigungen systematisch erfasst sowie behinderungsbedingte Bedarfe festgestellt werden (Identifikation und Bedarfsfeststellung).
- 2 Länder und Kommunen sollten zum einen eine ausreichende Anzahl an barrierefreien Plätzen in Sammelunterkünften zur Verfügung stellen. Diese sollten geltenden Standards entsprechen; Barrierefreiheit sollte da-

bei nicht auf Zugänglichkeit für Rollstuhlfahrende beschränkt sein. Zum anderen sollten Länder und Kommunen dafür sorgen, dass die Unterkünfte an das behinderungsspezifische Unterstützungssystem angebunden sind.

- 3 Der Bundesgesetzgeber sollte die rechtlichen Voraussetzungen für eine ausreichende gesundheitliche Versorgung geflüchteter Menschen mit Behinderungen schaffen. Dazu bietet es sich an, in Paragraph 6 des Asylbewerberleistungsgesetzes (AsylbLG) einen individuellen Rechtsanspruch auf bedarfsdeckende Leistungen festzuschreiben. In Ausführungsvorschriften sollte ein entsprechendes Leistungsspektrum festgelegt werden. Härtefälle, wie schwer- und mehrfachbehinderte, pflegebedürftige Menschen oder Palliativpatienten, die in Flüchtlingsunterkünften nicht fachgerecht versorgt werden können, sollten im Regelsystem versorgt werden. Die Kommunen sollten das für die Ausführung des AsylbLG zuständige Personal der Sozialämter zu behinderungsbedingten Bedarfen und einer menschenrechtskonformen Anwendung des Gesetzes schulen.
- 4 Bund, Länder und Kommunen sollten sicherstellen, dass geflüchtete Menschen mit Behinderungen über ihre Rechte aufgeklärt werden und diese einfordern können. ○

Anmerkungen

- 1 Dieser Text wurde erstveröffentlicht unter dem Titel *Geflüchtete Menschen mit Behinderungen*, Position Nr. 16, Berlin: Deutsches Institut für Menschenrechte, 2018.
- 2 Diese Position basiert auf: Deutsches Institut für Menschenrechte (2017): Entwicklung der Menschenrechtssituati-

- on in Deutschland. Juli 2016–Juni 2017. Bericht an den Deutschen Bundestag gemäß § 2 Absatz 5 DIMRG, S. 63–78. (abgerufen am 02.03.2018).
- 3 Dies entspricht dem Anteil von Menschen mit Behinderungen an der Weltbevölkerung. Eine Befragung unter syrischen Geflüchteten im Jahr 2013 hat ergeben, dass 22 Prozent der Befragten eine körperliche, Sinnes- oder intellektuelle Beeinträchtigung und 15,6 Prozent eine chronische Krankheit hatten. Siehe HelpAge International / Handicap International (2014): Hidden victims of the Syrian crisis: disabled, injured and older refugees. London/ Lyon. (abgerufen am 02.03.2018).
 - 4 Siehe Bozorgmehr, Kayvan u.a. (2016): Systematische Übersicht und *Mapping* empirischer Studien des Gesundheitszustands und der medizinischen Versorgung von Flüchtlingen und Asylsuchenden in Deutschland (1990–2014). In: Bundesgesundheitsblatt 59, S. 599–620, hier S. 609–610.
 - 5 Richtlinie des Europäischen Parlaments und Rates vom 26. Juni 2013 zur Festlegung von Normen für die Aufnahme von Personen, die internationalen Schutz beantragen vom 29.6.2013 (2013/33/EU).
 - 6 Die Monitoring-Stelle UN-Behindertenrechtskonvention hat 2017 die praktischen Schwierigkeiten von geflüchteten Menschen mit Behinderungen und die Auswirkung der nationalen Rechtslage auf sie untersucht. Siehe dazu: Deutsches Institut für Menschenrechte (2017), a.
 - 7 UN, Committee on the Protection of the Rights of All Migrant Workers and Members of their Families (CMW) / Committee on the Rights of Persons with Disabilities (CRPD) (2017): Addressing disabilities in large-scale movements of refugees and migrants. Joint Statement. Geneva, S. 3.
 - 8 Deutscher Bundestag (2017): Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten Corinna Rütter, Luise Amtsberg, Maria Klein-Schmeink, weiterer Abgeordneter und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Drucksache 18/11271 – Zur Lage von geflüchteten Menschen mit Behinderungen. BT-Drs. 18/11603, Berlin, 22.03.2017, Nr. 22; Antwort der Staatskanzleien der Länder auf einen Fragebogen des Deutschen Instituts für Menschenrechte (Stand Mai 2016).
 - 9 Mit dem im Dezember 2016 verabschiedeten Bundesteilhabegesetz (BTHG) wird der Ausschluss von Leistungsberechtigten des AsylBLG von Leistungen der Eingliederungshilfe erstmals auch im Reha- und Teilhabeberecht verankert (§ 100 Abs. 1 SGB 9 neu).
 - 10 Deutscher Bundestag (2017), a. a. O.

Dr. Britta Leisering

Global Disability Summit

On 24 July 2018, the UK Department for International Development (DFID), along with the International Disability Alliance (IDA) and the Government of Kenya, hosted the first Global Disability Summit in London. In line with the principle of *nothing about us, without us*, DFID co-hosted the Summit with the International Disability Alliance (IDA), to ensure that people with disabilities were central to the planning and delivery of the summit. Civil Society Forum kicked off the debate with questions about chronically underfunded local and regional organisations of persons with disabilities (DPOs), the need to include these DPOs in policy discussions; and the special challenge of reaching people with disabilities in situations of risk and humanitarian response. The Summit was attended by Ministers, representatives of organisations of persons with disabilities, academia, non-governmental organisations, representatives of the UN System, and among others. During the two days, there was a range of spotlight sessions exploring issues around the rights of persons with disabilities. The Summit provided a platform to showcase good practice, new policy and assistive technology for persons with disabilities, as well as to generate sustainable commitments from country governments, donors, civil society, foundations and the private sector. DFID and IDA, for instance, have already kicked off commitments with several new initiatives such as the creation of an online platform, where summit commitments

will be recorded and tracked over the coming months and years. One of the key themes of the Summit was the tens of millions of children with disabilities who are shut out of school. The World Bank announced that by 2025 all its education programmes will be disability inclusive. DfID also announced a major new Inclusive Education Initiative in partnership with the World Bank, Norway and many others. It will support countries to gather data, train teachers, carry out reforms and place disability inclusion at the centre of all education programmes. Economic empowerment and the involvement of business was also a key theme at the summit. A major new initiative on accessible technology was announced. In the culmination of the event, all attendees were also invited to sign the Charter for Change – the principal legacy document of the Global Disability Summit. The Charter for Change aims at ensuring global consensus to address a long-neglected issue pertaining rights of persons with disabilities such as inclusion to education, employment, independent living, voting, access to justice, among others.

Information:

<http://www.internationaldisabilityalliance.org/scf-wrap-up>;

<http://www.internationaldisabilityalliance.org/cs-statement>;

<https://www.gov.uk/government/publications/global-disability-summit-charter-for-change>;

<https://www.light-for-the-world.org/7-things-you-should-know-about-global-disability-summit#>.

Global Disability Summit: DPOs from Global South Call for New Beginning

Disabled people and their organisations from the global south have called for a *new beginning* in the way that the UN disability convention is implemented and monitored. They were speaking at the Global Disability Summit, a major international disability rights conference co-hosted by the UK government in east London in July 2018. Speaking at the Civil Society Forum, an event held alongside the summit to *amplify the voice and participation* of disabled people, Dr Samuel Kabue, chair of the Kenya Disability Caucus, said that ratification by countries of the UN Convention on the Rights of Persons with Disabilities (UNCRPD) by governments was not enough in itself. Kabue, a member of the UN's committee on the rights of persons with disabilities (CRPD), said that the participation of disabled people's organisations was crucial in the implementation of the convention. Laura Kanushu, executive director of Legal Action for Persons with Disabilities Uganda, told the forum that taking strategic legal cases was a big strategy in creating awareness of the convention. Another CRPD member, Gertrude Oforiwa Fefoame, from Ghana, said disabled people and their organisations have a great contribution to give if there is to be full meaning of the implementation of UNCRPD because of their authentic experience and relevant information of the situation of persons with disabilities. She said disabled people and their organisations were not

consulted when decisions were made on their behalf. She said there was an urgent need to move from principals to procedures, from words to action. More than 600 representatives of disabled people's organisations (DPOs), charities, governments and private sector organisations who attended the forum agreed a collaborative statement, which calls for measurable, ambitious and lasting commitments to implementing UN-CRPD and the UN's 2030 Agenda for Sustainable Development. The statement, which was presented the next day to the Global Disability Summit says: It is time to implement the [UNCRPD] in every corner of the world: in every city, in every train station, in every village, in every mountain and valley, in every refugee camp and in every school. Among its calls is for increased investment in DPOs and support for the disability rights movement to grow from the grassroots and for the introduction of CRPD compliant policies and legislation and an increase in the meaningful consultation and involvement of disabled people and their organisations. The forum and summit also saw concerns about a new ten-point Charter for Change, which laid out ten commitments to achieve full inclusion for disabled people, with the UK government apparently its driving force. The charter includes pledges on inclusive education, to promote the leadership of disabled people, to eliminate discrimination, and to revolutionise the availability and affordability of appropriate assistive technology. By the end of the summit, more than 300 governments, disability organisations, international agencies and private sector companies had signed up to it. Seven UN agencies that attended the summit committed to change the way they include

disabled people in their work, including UNICEF, which pledged to help an extra 30 million disabled children gain a high-quality education by 2030 through programmes in more than 140 countries. It was not clear, though, how many of the commitments and promises were simply policies that governments and organisations had already been planning and would have been introduced without the Global Disability Summit

Information: <https://www.disabledgo.com/blog/2018/08/global-disability-summit-dpos-from-global-south-call-for-new-beginning/#.W4Ly0y3qjOQ>;
<http://www.internationaldisabilityalliance.org/cs-statement>; <https://www.gov.uk/government/publications/global-disability-summit-charter-for-change>.

Disability and Food Security: An Unfinished Policy Agenda

According to the World Health Organisation, about 15% of the world's population lives with some form of disability. In developing countries, people with disabilities face enormous challenges. They often experience stigma and discrimination, which makes them particularly vulnerable to hunger, malnutrition and the impacts of crises and disasters. They have fewer opportunities to deal with economic and environmental shocks. They have special needs, but those are often ignored in development and humanitarian interventions. The links between food security and disability are complex and go in both directions. On one hand, food insecurity can lead to disability through poor living conditions, malnutrition and lack of access to health services. On the other hand, disability can lead to food insecurity and poverty through lack of education and employment opportunities, inadequate access to social services and unavailability of

assistive technologies. Disability is not inability. In fact, many farmers with disabilities make important contributions to the day-to-day survival of their households and communities. Despite this, disability remains an under-represented topic in food security policy and practice. Conventional agricultural policies and programmes insufficiently involve people with disabilities, thus failing to capitalise on the potential of this segment of the rural population. Making sure that rural women and men who live with disabilities are fully integrated in food security interventions is an essential part of achieving critical development goals: eliminating extreme poverty, reducing malnutrition, and enhancing food security for all. The agricultural sector has an important role to play to economically empower rural men and women living with disabilities. Agricultural interventions – if properly designed and implemented – can contribute significantly to improving the wellbeing of these people by supporting the creation of inclusive employment and income generation opportunities in agro-food value chains; providing people with disabilities with the agro-technical, entrepreneurial and business management skills they need to expand their livelihoods; upgrading agricultural technologies to meet the specific requirements of workers with disabilities; enhancing agricultural extension services to address the training needs of farmers with disabilities; fostering accident prevention in agro-industries, including in forestry and fisheries sub-sectors; strengthening nutritional adequacy through improved food security interventions, in order to reduce nutrition-related disabilities; promoting the full participation of persons with disabilities in

decision-making processes around agriculture. Agricultural solutions that increase the productive and entrepreneurial capacities of farmers with disabilities make sound economic sense and are good for rural development. They make agro-food systems more inclusive, efficient and productive. In this way, millions of people can be lifted out of poverty and food insecurity. The Global Disability Summit provided an opportunity for the development community to finally ensure that farmers with disabilities are fully included in strategies and programmes for agriculture, food security and rural development.

Information:

<http://www.internationaldisabilityalliance.org/fao-food-insecurity>.

World Bank Group Announces New Commitments on Disability Inclusion

On 24th July at the Global Disability Summit the World Bank Group (WBG), along with other Summit participants, announced its set of ten commitments to accelerate global action for disability-inclusive development in key areas such as education, digital development, data collection, gender, post-disaster reconstruction, transport, private sector investments, and social protection. In line with the WBG's strategy to develop human capital around the world, the World Bank Group Commitments on Disability-Inclusive Development aim to help developing countries invest more – and more effectively – in persons with disabilities and in accessible services. More than one billion people worldwide – including an estimated 800 million in developing countries – experience some form of disability, according to the World Report on Disability by the World Bank (WB) and World

Health Organisation. Persons with disabilities face stigma, discrimination, and exclusion from accessing jobs and services, such as education and health care, and they consistently fare less well than their non-disabled peers in development gains. The commitments build on the WBG's ongoing efforts to respond to the urgent need for accelerated action at scale to achieve disability-inclusive development in support of the 2030 Agenda for Sustainable Development. The ten commitments include: Ensuring that all WB-financed education programs and projects are disability-inclusive by 2025; Ensuring that all WB-financed digital development projects are disability sensitive, including through the use of universal design and accessibility standards; Scaling up disability data collection and use, guided by global standards and best practices, such as using the Washington Group's Short Set of Questions on Disability; Introducing questions on disability into the Women, Business and the Laws survey to better understand the economic empowerment of women with disabilities; Ensuring that all projects financing public facilities in post-disaster reconstruction are disability-inclusive by 2020; Ensuring that all WB-financed urban mobility and rail projects that support public transport services are disability-inclusive by 2025; Enhancing due diligence on private sector projects financed by the International Finance Corporation (IFC) regarding disability inclusion; Ensuring that 75 percent of WB-financed social protection projects are disability-inclusive by 2025; Increasing the number of staff with disabilities in the WBG; Promoting the Disability Inclusion and Accountability Framework among World Bank staff as a way to support the WB's

new Environmental and Social Framework (ESF). Particularly for World Bank projects, these commitments, together with the ESF, which includes strong provisions to safeguard the interests of persons with disabilities in project-affected communities, will enhance development opportunities and benefits for all. The commitments build on the Bank's work on disability inclusion over the past 15 years. As part of its engagement in the Summit, the WBG also signed The Global Disability Summit 2018 – Charter for Change along with the United Kingdom Department for International Development (DfID) and other Summit participants. The global Commitments laid out in the Charter reflect and reinforce the World Bank Group Commitments on Disability-Inclusive Development.

Information: <https://www.worldbank.org/en/news/press-release/2018/07/24/world-bank-group-announces-new-commitments-on-disability-inclusion>.

Inclusion International World Congress

The World Congress, which ran from May 30th to June 1st 2018, brought together people and organisations from all over the world to learn from and inspire each other. Seventy-one countries were represented, nearly 1,000 delegates attended the event and 500 were self-advocates. The event brought everyone together to: Learn and share experiences from around the world about issues and challenges faced by people with intellectual disabilities and their families as well as strategies that have been successful in achieving change; Inspire and be inspired by successes and innovations for inclusive practices; Lead the way as a global movement in promoting inclusive communities. Some of the

challenges that were identified include the gap for people with intellectual disabilities due to a lack of knowledge and tools to support the inclusion of people with intellectual disability. Nevertheless there is a growing self-advocacy voice and human rights activists that fight for inclusion. One of the future challenges will be the improvement of the network to unify the calls for change. The goal is to provide tools, resources and practical examples and to support organisations to become more inclusive.

Information: <http://inclusion-international.org/world-congress-2018-highlights-2/>; <https://www.valid.org.au/inclusion-international-world-congress-reflections>.

Study on Older People in Humanitarian Crisis

Millions of older people with disabilities are at risk of missing out on crucial humanitarian assistance because of physical barriers or discrimination, research suggests. Up to 14 million older people with disabilities are affected by crises globally, according to a study by the London School of Hygiene and Tropical Medicine and HelpAge International. It found that organisations often require people to collect aid or social protection payments in person, which is impossible for those who cannot travel long distances to get to distribution points. Older people with disabilities had also encountered hostile attitudes when trying to access support. The study was based on interviews with older people affected by crises in Tanzania and Ukraine, as well as a review of academic research. In Ukraine, some were made to feel humiliated by health and social security staff, while in Tanzania, interviewees reported that they had been accused by younger people of faking their disability in order to get money.

Interviewees told researchers they felt forgotten about because of their age. The report warned that disabled older people faced a range of threats in crisis settings, including being less able to escape dangers posed by conflict or natural disasters. One interviewee, now living in Tanzania, told researchers that she had stayed in a hole for three days without any food or drinking water, to hide from conflict in Burundi. Older people with disabilities were also at a greater risk of poverty, more likely to be affected by barriers to healthcare, such as a shortage of medicines, and more likely to be living in inadequate housing conditions. Interviewees described having a lack of dignity, living in overcrowded homes with inaccessible toilets, and being socially isolated. Such challenges, on top of prolonged exposure to conflict and insecurity, all contributed towards worsening mental health. The report recommended greater use of home visits, the distribution of fuel or transport subsidies, and suggested that older people with disabilities should be given priority at food distribution sites. Age International is also calling for donors, policymakers and humanitarian responders to adopt the humanitarian inclusion standards for older people and people with disabilities, a set of principles developed by a group of charities and donors. The research calls on donors, policymakers and aid agencies to support older people's associations and disabled people's organisations to work together, and improve aid workers' understanding of the risks facing older people with disabilities. It also suggests more money should be invested in tackling age and disability discrimination.

Information: [https://www.theguardian.com/global-development/2018/apr/30/older-](https://www.theguardian.com/global-development/2018/apr/30/older-people-disabilities-poor-health-aid-study)

[people-disabilities-poor-health-aid-study;](https://www.theguardian.com/global-development/2018/apr/30/older-people-disabilities-poor-health-aid-study)

Disability Inclusion and Disaster Risk Reduction: Overcoming Barriers to Progress

Disasters have a disproportionate impact on people with disabilities, who are at higher risk of death, injury and loss of property. Although the rights and needs of people with disabilities in disasters are increasingly being addressed through policies, standards and guidelines, much more needs to be done to remove the barriers to their inclusion in disaster risk reduction (DRR) and response. Effective institutions with supportive attitudes, structures and systems, backed up by good evidence, are key to meaningful disability inclusion. Human rights-based approaches have the potential to lead to a major shift in institutional policy and practice towards disability. Disability advocates and disabled people's organisations can also play a significant role in disaster policy, planning and interventions, but formal disaster agencies tend to have limited interaction or collaboration with them. A new briefing note identifies five key challenges that need to be addressed in order to promote disability inclusion in DRR and humanitarian action, relating to evidence and data, contextual understanding, institutions and programmes, representation and discrimination. It highlights the importance of rights-based approaches, together with improved standards and indicators, in overcoming these challenges.

Information: <https://www.odi.org/publications/11166-disability-inclusion-and-disaster-risk-reduction-overcoming-barriers-progress>; <https://www.odi.org/sites/odi.org.uk/files/resource-documents/12324.pdf>.

Children and Women with Disabilities, More Likely to Face Discrimination

Children with disabilities are up to four times more likely to experience violence, with girls being the most at risk, according to the United Nations Children's Fund. According to the World Health Organisation, 15 percent of the global population lives with disabilities, making it the largest minority in the world—with children and women numbering higher among those disabled. In July, more than 700 representatives of non-governmental organisations, private companies and governments got together to address the systemic discrimination that exists against people with disabilities at the Global Disability Summit in London. More than 300 organisations and governments signed an action plan to implement the UN International Convention on Disability, which included 170 commitments from multiple stakeholders to ensure disability inclusion. The most important topics discussed during the meetings included passing laws to protect disabled citizens and promoting access to technology for people with disabilities. Women and children face the most discrimination within the disabled community. A report presented to the UN Secretary-General on the situation of women and girls with disabilities stated that while 12 percent of men present a disability, a slightly higher amount of women—19 percent—have a disability.

In addition, girls are much less likely to finish primary school than boys, if both present disabilities. And girls are more vulnerable to sexual violence. According to the UK's Department for International Development, mortality for children with disabilities can be as high as 80 percent in states where

child mortality has significantly decreased. There is a strong consensus regarding the risk that both children and women face. And, as 80 percent of the population with disabilities live in developing countries, emergency situations and lack of education are also crucial issues to be addressed when launching policies for disability inclusion. According to the UN Educational, Scientific and Cultural Organisation, 90 percent of children who live in developing countries that have educational opportunities available do not attend school.

As was seen during the summit, member states are not the only stakeholders taking responsibility for disability inclusion. UN agencies, NGOs, and private firms are constantly launching programmes to reduce the gap and erase discrimination.

Information: <http://www.ipsnews.net/2018/08/children-women-disabilities-likely-face-discrimination/>.

Adolescents with Disabilities Denied Access to Basic Education and Health Services – New Report

Adolescents with disabilities in poorer countries are being denied access to basic education, health and social protection services due to a severe lack of investment and commitment from governments and donors, a major new report warns. As leaders gather for the Global Disability Summit in London on 24th July, researchers in the Gender and Adolescence: Global Evidence programme at the Overseas Development Institute have highlighted the widespread discrimination, stigma and social exclusion faced by adolescents with disabilities in low- and middle-income countries. The report, *Adolescents with Disabilities: Enhancing Resilience and Delivering*

Inclusive Development, is based on surveys and case studies with more than 6,000 adolescents, including approximately 600 boys and girls with disabilities, and their carers, in Bangladesh, Ethiopia, Palestine and Syrian refugees in Jordan. It warns young people with disabilities in humanitarian and conflict-affected areas in particular, are often completely confined to their homes, and therefore excluded from family, school and community activities. Researchers found girls were especially at risk of facing violence and social isolation and were being denied access to sexual and reproductive health information and services. Experts have now urged governments, donors and non-governmental organisations attending the Global Disability Summit to increase funding for adolescents with disabilities and set out ways to get them into school or provide non-formal education as a minimum.

Information: <https://www.odi.org/news/861-adolescents-disabilities-denied-access-basic-education-and-health-services-new-report>; <https://www.odi.org/publications/11165-adolescents-disabilities-enhancing-resilience-and-delivering-inclusive-development>.

Global Self-Advocacy Summit

On Thursday 31st May, as part of the Inclusion International World Congress, the Global Self-Advocacy Summit event was held. The summit brought together self-advocates from various parts of the world to discuss the Big Issues that are very important to them. There were around 400 self-advocates and supporters at the event from over 30 countries. The Big Issues were being included in the community, having an inclusive education, employment, being valued in society, and closing of institutions. Calls

to Action were made, which are demands to help to achieve changes within communities, and society as a whole. A video with interviews of many self-advocates from around the world talking about the Big Issues and the Calls to Action was shown during the Summit, which was powerful and reminded that self-advocates all around the world are struggling with the same issues. With the Calls to Action inclusion was claimed: a community where people with disabilities are fully and totally included speaks to how much society is advanced. This summit was followed by a plenary session *Inspiring inclusion in the home and in the world*.

Information: <http://inclusion-international.org/global-self-advocacy-summit/>; https://drive.google.com/drive/folders/15siTXlms2WC2_IVOlswlUGXFFsXHQ_Q7?usp=sharing.

Making it Work Gender and Disability Forum

The Second Gender and Disability Forum was held in Nairobi from 5th to 9th March 2018. The Forum was made of two components: the Workshop for Good Practice Holders (5th to 9th March 2018), and the Regional Roundtable Better Addressing the Intersectionality of Gender and Disability in Africa: Regional Opportunities (9th March 2018). Its purpose is to share and strengthen alliances and concrete cooperation between the gender movement and the disability movement in Africa. The event gathered women with disabilities engaged in implementation of good practices in reducing violence against women and girls with disabilities from African countries.

Information: <http://www.internationaldisabilityalliance.org/blog/newsletter-ida-secretariat-22-march-2018>.

Toolkit for Engagement of DPO in the Voluntary National Review Process

IDA and CBM developed a new guide on how persons with disabilities can engage in advocacy to make the SDGs inclusive. This toolkit has been developed as an exploratory and interactive tool for DPOs on the monitoring mechanisms of the Sustainable Development Goal (SDG) implementation, called Voluntary National Reviews. The toolkit aims to provide step-by-step guidance, ideas, suggestions and templates for building successful advocacy campaigns and strategies to participate in the monitoring mechanisms of the Sustainable Development Goals.

Information: <http://www.internationaldisabilityalliance.org/blog/newsletter-ida-secretariat-22-march-2018>; http://www.internationaldisabilityalliance.org/sites/default/files/documents/vnr_toolkit_finalmarch-18_1_0.pdf.

Asia-Pacific Regional Discussion on Disability

Inclusion International members and partners identify supporting families as a key priority at recent regional discussion from 28th to 29th March 2018 in Nepal. When families are empowered and active then they can support their sons and daughters to be empowered too. Currently, people with intellectual disabilities and their families are invisible and alone. The scale of exclusion requires significant advocacy efforts to bring about systems transformation. In the absence of inclusive services in communities, members and partners in the region are often focused on providing basic care and support. Despite the existence of some laws and policies, these efforts often do not include people with intellectual disabilities and their

families. Participants identified information sharing and keeping connected through technology as essential for the region. They highlighted the need to build a sense of belonging to combat stigma and attitudes that make people with intellectual disabilities and their families invisible.

Information: <http://inclusion-international.org/self-advocacy-event-asia-pacific-regional-discussion/>.

New Project Supporting DPOs in Asia Pacific

Inclusion International member in Denmark, Landsforeningen LEV, has initiated a new project with four organisations from Myanmar: Future Stars, Myanmar Down Syndrome Association, Myanmar Autism Association and Eden Centre for Disabled Children. LEV met all the organisations during a pre-study visit in 2017 and decided to support the intellectual disability movement by designing the project called The First Seed – ID Family Network. The project has two focuses: to support the individual organisations with basic organisational development (OD) training and to support the creation of an informal network of DPOs working with and for people with intellectual disabilities. The project was initiated in January 2018 and will finish in June 2019. The project will train at least 364 individuals, providing capacity-building, financial management, human resources management, internal and external communication systems and collaborations with other disabled persons' organisations. For the first Kick-off session in January, the demand was quite high, with more people than anticipated wanting to attend the training. Hence, LEV and the project team are looking into the possibility of expanding the trainings to allow

more participants. The project has already received a lot of attention from the public and the disability movement.

Information: <http://inclusion-international.org/levs-new-project-supporting-dpos-asia-pacific/>.

Regional Leadership Networking in Latin America

In Mexico City from January 29th to 31st, more than 20 advocates and leaders from Latin America came together to develop action plans for the region. Most were members of Inclusion International, including several founding members, and some were prospective members who joined the meeting to see how their organisation would fit. With expert facilitation and thorough discussion, the workgroup winnowed down a very long list of potential priorities to just four modern and energetic goals: inclusive education; self-advocacy; community living and employment. By sharing expertise and experience, each group laid out an agenda that could be carried out in the region, and each organisation made commitments to help. Side meetings on the Catalyst for Inclusive Education were held when the schedule permitted, helping to advance that key work in the region.

Information: <http://inclusion-international.org/regional-leadership-training-mexico/>; <https://www.catalystforeducation.com/>.

Looking at Asia Through the Lens of Disability

The 22nd Biennial Conference of the Asian Studies Association of Australia (ASAA) brought together a group of scholars from around Australia and the region with a shared interest in disability in Asia. Asian studies conferences are not a usual venue for the meeting of scholars of disability, but the 2018 ASAA conference provided a unique

opportunity for this network of researchers and practitioners to both consider Asia through the lens of disability and to reflect on issues related to disability through the lens of Asia. This conference was the first time that the ASAA hosted a stream of papers focussed specifically on the issue of disability in an Asian context, and the panels featured speakers from a wide range of disciplines including sociology, geography, development studies, as well as health science, education and public health. People with disabilities participated in the sessions, and the ASAA provided sign interpreters for the sessions in this stream. The pre-conference workshop on Monday 2 July – one of the most well attended of the various workshops run on that day – focussed on framing research questions about disability in an Asian context, working with practitioners through research and funding for disability research in Asia. The workshop was followed in the subsequent days by panels focussed on poverty and disability, disability inclusive disaster risk reduction, inclusive education and disability advocacy. The themes that emerged through the disability stream raised key methodological and conceptual issues related to doing research about disability in Asia. The importance of collaboration was high on the agenda, with Australian scholar Professor Karen Fisher from the University of New South Wales explaining the critical need to work with local partners as a way of ensuring that her research questions were of relevance to the local context. Closely related to that, a number of participants noted the importance of language, and ensuring that all collaborators involved in joint research projects understood and agreed on the local terms referring to disability. For

example, Parichatt Krongkant, a disaster risk reduction consultant from Thailand working on making disaster risk reduction disability inclusive, explained that terms such as *inclusive* and *participatory* have no direct translation in Thai. This linguistic gap means that the start of any project she is involved with requires some time to explain the relevant terminology. Many speakers also emphasised how collaboration between disabled people's organisations (DPOs) and other government and non-government stakeholders through the research process played a critical role in, not only empowering people with disabilities with new skills, but also educating those stakeholders and the wider community about disability. Discussions over the course of the conference also highlighted the continued challenges that people with disability face in an Asian context. Dr Alexandra Gartrell from Monash University highlighted how in Cambodia, the persistence of disempowering cultural attitudes towards disability continued to significantly shape the treatment of people with disability, even though Cambodian policy about disability was relatively progressive. A team of researchers from the Nossal Institute of Global Health from the University of Melbourne illustrated the intersections between causes of poverty and the situation of people with disabilities in Asia and offered some unique tools for measuring and assessing these factors. International funding and its positive, and negative, impacts on communities of people with disabilities was another key focus of the stream. There is a growing interest amongst disability scholars in perspectives on disability from the Global South, making this meeting of disability researchers at the ASAA very timely. At the same

time, the shifting attitudes, policies and practice around disability in Asia mean that it is equally important that Asian studies scholars consider issues related to disability, a largely hidden issue in most scholarly work on Asia. The ASAA should be commended for making space for this important issue in its largest ever biennial conference, and the enthusiasm of those who participated in the stream suggest that this will not be the last time that disability issues feature at an ASAA conference.

Information: <http://asaa.asn.au/looking-asia-lens-disability/>.

Consultative Workshop on Disability Inclusion in Pakistan

The UK's Department for International Development (DFID) has funded a two-day consultative workshop on disability inclusion in Pakistan. The consultation was organised in connection with the Global Disability Summit which took place on July 24 in London to mobilise global commitments on disability. The workshop was organised to develop a set of demands and recommendations to improve the lives of those with a disability. The broad range of stakeholders participated in the workshop and agreed on a Charter of Demands which will serve as the basis of action for disability inclusion. The workshop had panel discussions on four themes; tackling stigma and discrimination, inclusion in education, routes to economic empowerment and harnessing technology and innovation which were facilitated by four experts including leaders of persons with disabilities.

Information: <http://dailymessenger.com.pk/2018/06/28/uk-funds-a-consultative-workshop-on-disability-inclusion-in-pakistan/>.

Deafblind Charity Programme in Bangladesh

A new charity programme for deafblind people follows a successful appeal that raised £521k from the public. Sense International will work with local partners in Bangladesh to improve access to education and opportunities to work for children and young people with dual sensory loss in the country. The programme will recruit and train specialist teachers who will work with families to support the children at school; training for mainstream teachers; the creation of a model school to promote best practice; and targeted meals so that children with deafblindness are well enough to learn. Less than ten per cent of children with a disability in Bangladesh are in primary school. It is rare for children with deafblindness to be included, often because teaching staff don't have the skills to support them and families are overwhelmed by the emotional and practical challenges. Without access to education, children with deafblindness remain at home, and do not develop the vital communication and life skills they require to achieve basic independence.

Information: <https://asianlite.com/news/uk-news/britons-to-help-bangladeshi-children/>.

Human Rights Watch Report on Access to Education for Children with Disabilities in Lebanon

Human Rights Watch has launched a new report and video on barriers to education for children with disabilities in Lebanon. The report talks about thousands of children with disabilities who are systematically excluded from the education system in Lebanon. Schools routinely deny admission to children with disabilities,

discriminating against them and violating Lebanese and international law. For those who manage to enrol, most schools do not take reasonable steps to provide them with a quality education. Instead, several thousand children with disabilities attend institutions, which are not mandated to provide an education, so these children receive little if any education at all. For successful inclusive education, families need to be part of the inclusive schooling process from beginning to end, because the family is the only stable element in the life of a person with an intellectual disability. Human Rights Watch are calling on the donors and the government to ensure that these investments reach all children, including children with disabilities. They are calling on the Lebanon government to strengthen teacher training, revise the curriculum, raise awareness about the right to education, improve data collection and move away from a segregated system of schools and institutions to an inclusive approach.

Information: <http://inclusion-international.org/18975-2/>; <https://www.hrw.org/node/315703>; <https://www.youtube.com/watch?v=gInqpOBqk-8&feature=youtu.be>.

Qaderoon Meetings on Universal Design in Urban Environment Highlight the Business Case of Accessibility

Throughout March 2018, Qaderoon Business Disability Network of Saudi Arabia organised a series of Universal Design in the Urban Environment network meetings hosted by regional chambers of commerce. The meetings witnessed attendance from the business community and other relevant stakeholders. The meetings included a presentation about Universal Design concepts and the importance of its implementation

in various premises for all segments of society, specifically for persons with disabilities. The business case of Universal Design was also shared and how the physical features of buildings can present barriers for a wide range of persons with disabilities. Additionally, it was highlighted that inclusive businesses anticipate the needs of persons with disabilities and take proactive steps to remove barriers they might face in advance. The presentation was concluded with explaining the process of adopting universal design throughout the different phases of developing premises, from design to construction, as well as existing buildings. The Universal Design network meetings were conducted to support Qaderoon's vision in enabling persons with disabilities by encouraging businesses to remove all barriers to their inclusion in society.

Information: <http://www.businessanddisability.org/index.php/en/news-and-events/featured-initiatives/577-qaderoon-meetings-on-universal-design-in-urban-environment-highlight-the-business-case-of-accessibility>.

Inclusive Sofala Launched

Inclusive Sofala, is a five years programme and aims to promote the inclusion of persons with disabilities through access to services and development initiatives in Sofala Province for an inclusive society, where no one is left behind. The programme is part of the current Strategic Plan 2016-2020 of Light for the World in Mozambique. The main focus of the programme will be strengthening local capacities of Disability People Organisations (DPOs), service provision, awareness raising and behavior change in the way how disability is seen in society as well as policy dialogue to promote inclusion. According

to Light for the World's Country Representative, Zacarias Zicai, the programme Inclusive Sofala will greatly increase the visibility of persons with disability in their families, in the community and in the society because it will streamline the inclusion process, with the involvement of different civil society organisations and DPOs, as well as the government, through the Provincial Directorate of Gender, Child and Social Action of Sofala.

Information: <https://www.light-for-the-world.org/inclusive-sofala-launched>.

Leda Kamenopoulou
Inclusive Education and Disability in the Global South

This edited volume examines inclusive education and disability in the global South. Presenting four qualitative research studies conducted in Malaysia, Bhutan, Philippines and Belize, the authors examine the implementation of inclusive education and disabled children's participation in the education system: contexts on which very little is known. Thus, this book provides a unique opportunity to access rare context-specific information concerning this region of the world; and to reflect on the particular challenges some countries face in the realisation of full participation of all children within education.

Bezug: <https://www.palgrave.com/gp/book/9783319728285>.

Nidhi Singal/Paul Lynch/Shruti Taneja Johansson
Education and Disability in the Global South

Education and Disability in the Global South brings together new and established researchers from a variety of disciplines to explore the complexities and dilemmas encountered in providing education to children and young people with disabilities in countries in South Asia and Africa. Applying a range of methodological, theoretical and conceptual frameworks across different levels of education systems, from pre-school to higher education, the contributors examine not just the barriers but also the opportunities within the educational systems, in order to make strong policy recommendations. Together, the chapters offer a comprehensive overview of a range of issues, including a nuanced appreciation of the

tensions between the local and global in relation to key developments in the field, critiquing a globalised notion of inclusive education, as well as proposing new methodological advancements in taking the research agenda forward. Empirical insights are captured not just from the perspectives of educators but also through engaging with children and young people with disabilities, who are uniquely powerful in providing insights for future developments.

Bezug: <https://www.bloomsbury.com/uk/education-and-disability-in-the-global-south-9781474291224/>.

Vera Chouinard
Living on the Global Peripheries of Law: Disability Human Rights Law in Principle and in Practice in the Global South

This article develops the notion that poorer nations of the Global South are particularly disadvantaged in terms of realising disabled people's human rights in practice. This is because they are situated in what is termed the global peripheries of law. These are peripheries in which very limited human and financial resources are available to practically realise disability human rights (reflecting processes such as the outmigration of trained professionals, devaluation of currency as a condition of debt repayment, and dependence on agricultural exports and imports of expensive manufactured goods, including medicine, from the Global North). Being on the global peripheries of law also reflects legacies of colonial and neo-colonial violence and oppression in an unequal global capitalist order, such as ongoing and widespread violence against women and unsafe working conditions—both of which result in

death and the geographically uneven production of impairment. This uneven production of impairment also needs to be considered as an important part of understanding disability human rights law in a global context. Following a brief overview of the UN convention on the human rights of disabled people and the UN Covenant on Economic, Social and Cultural Rights to provide a global legal context and of the Inter-American Human Rights System to provide a regional legal context, the article illustrates why it is so difficult to realise disabled people's human rights in practice in the Global South, through a case study of Guyana.

Bezug: <http://www.mdpi.com/2075-471X/7/1/8>; <http://www.mdpi.com/2075-471X/7/1/8/pdf>.

Xuan Thuy Nguyen
Critical Disability Studies at the Edge of Global Development: Why Do We Need to Engage with Southern Theory?

This paper examines critical disability studies through the lens of Southern theory—a theoretical perspective on the process of knowledge production in social sciences which embodies intellectual projects from the global South. This article critiques the domination of Northern disability studies by proposing an engagement with Southern theory. The argument is three-fold: First, the use of Southern theory enables to interrogate the domination of Northern epistemologies in Southern contexts; second, this theory unveils how colonialism has continued to manifest itself through the knowledge practices which have made the experiences of disabled people in the global South invisible; and finally, situated within

the context of global development, this theory enables critical disability studies to act as a project of decolonization that engages with Indigenous ways of knowing about disability experiences.

International Journal of Environmental Research and Public Health

Special Issue Disability and Global Health

This Special Issue is open to any investigation of global health and disability. It will cover a range of different topics, such as inclusive health; access to rehabilitation; universal health coverage and disability; health insurance and disability; equitable quality of care; and preventive care and health promotion for people with disabilities.

Bezug: http://www.mdpi.com/journal/ijerph/special_issues/disability.

Better Care Network

Family Care for Children with Disabilities: Practical Guidance for Frontline Workers in Low- and Middle-Income Countries

Family Care for Children with Disabilities: Practical Guidance for Frontline Workers in Low- and Middle-Income Countries was developed to help front-line personnel (social service workers and others) in low- and middle-income countries to work effectively with children with disabilities and their families. It was written particularly for those who have little or no experience working with children with disabilities, and it provides easy to read information and advice for those who may have little or no experience working with children with disabilities. It is intended to supplement other guidance on case management. It includes more than 50 pages of practical guidance, 153 links to resource documents, as well as tips for policy makers and program planners.

Bezug: <https://bettercarenetwork.org/library/particular-threats-to-childrens-care->

[and-protection/children-with-disabilities/family-care-for-children-with-disabilities-practical-guidance-for-frontline-workers-in-low-and; https://bettercarenetwork.org/sites/default/files/FamilyCareGuidance_508.pdf](https://bettercarenetwork.org/sites/default/files/FamilyCareGuidance_508.pdf).

UNICEF

Progress for Children in the SDG Era Report

UNICEF published its first thematic report: Progress for Children in the SDG Era assessing performance toward achieving the SDG global targets that concern children and young people. Children with disabilities are explicitly mentioned 17 times in the report, including in a call to action page 100 of the report.

Bezug: <http://www.internationaldisabilityalliance.org/blog/newsletter-ida-secretariat-22-march-2018>; https://data.unicef.org/resources/progress-for-every-child-2018/?utm_source=email&utm_medium=newsletter&utm_campaign=SDGs.

Julie Marshall/Mary Wickenden Services for People with Communication Disabilities in Uganda: Supporting a New Speech and Language Therapy Profession

Services for people with communication disability (PWCD), including speech and language therapists (SLTs), are scarce in countries of the global South. A SLT degree programme was established at Makerere University, Uganda, in 2008. In 2011, an innovative project was set up to provide in-service training and mentoring for graduates and staff of the programme. This paper describes the project and its evaluation over three years. Three types of input: direct training, face-to-face individual and group meetings, and remote mentoring, were provided to 26 participants and evaluated using written and verbal methods. The first two types of input were evaluated mainly positively, while remote mentoring received more

mixed evaluations. Less positive evaluations were linked to factors including resourcing, cultural perceptions about professional roles and services, work patterns, power/status, engagement, perceptions of help-seeking, community recognition of the needs for services for PWCD. Findings suggest that participatory approaches, flexibility, reflexivity and open discussion with participants around support and work challenges, are important. Power gradients between white Northern *experts* and relatively inexperienced East African SLTs, contributed to some challenges. Structural issues about degree programme structures and statutory bodies, provide lessons about the development of new services and professions in low-income settings.

Bezug: <https://disabilityglobalsouth.files.wordpress.com/2018/02/dgs-05-01-02.pdf>.

Kuper H./Mactaggart I/White S./Dionicio C. Cañas R. et al.

Exploring the Links Between Water, Sanitation and Hygiene and Disability; Results from a Case-Control Study in Guatemala

To assess the Water, Sanitation and Hygiene (WASH) access and appropriateness of people with disabilities compared to those without, in Guatemala. A case-control study was conducted, nested within a national survey. The study included 707 people with disabilities, and 465 age- and sex-matched controls without disabilities. Participants reported on WASH access at the household and individual level. A sub-set of 121 cases and 104 controls completed a newly designed, in-depth WASH questionnaire. People with disabilities in Guatemala experience greater difficulties in accessing sanitation facilities and practicing hygienic behaviours than their peers without disabilities. More data collection is needed using detailed tools to detect these differences, highlight which interventions are needed, and to allow assessment of

their effectiveness.

Bezug: <https://www.ncbi.nlm.nih.gov/pubmed/29856770>.

*Mactaggart I./Schmidt W.P.
Bostoan K./Chunga J./Danquah
L. et al.*

Access to Water and Sanitation Among People with Disabilities: Results from Cross-Sectional Surveys in Bangladesh, Cameroon, India and Malawi

Data were included from five district-level or regional-level surveys: two in Bangladesh (Bangladesh-1, Bangladesh-2), and one each in Cameroon, Malawi and India. 99 252 participants were sampled across the datasets (range: 3567-75 767), including 2494 with disabilities (93-1374). There were no differences in access to improved sanitation or water sources between households with/without members with disabilities across the datasets. People with disabilities may not have poorer access to WASH at the household level, but may have poorer quality of access within their households. Further programmatic work is needed to ensure WASH facilities are inclusive of people with disabilities.

Bezug: <https://www.ncbi.nlm.nih.gov/pubmed/29866723>.

*Biran A./Danquah L./Chunga J./
Schmidt W.P./Holm R. et al.*

A Cluster-Randomised Trial to Evaluate the Impact of an Inclusive, Community-Led Total Sanitation Intervention on Sanitation Access for People with Disabilities in Malawi

Community-led total sanitation (CLTS) is a common method for promoting sanitation in low-income settings. This cluster-randomized trial evaluated an intervention to improve inclusion of people with disability in CLTS through training facilitators. A qualitative study examined

intervention acceptability. The trial included 171 people with disabilities (78 control and 93 intervention) living in 15 intervention and 15 control communities. In the intervention arm, respondents were more likely to participate in a community meeting about sanitation and to have been visited to discuss sanitation. More intervention households improved latrine access for the disabled member. Inclusive CLTS could improve sanitation access for people with disability but requires support to households beyond that provided in this trial.

Bezug: <https://www.ncbi.nlm.nih.gov/pubmed/29405106>.

*Smythe T./Mudariki D./Foster
A./Lavy C.*

Indicators to Assess the Functionality of Clubfoot Clinics in Low-Resource Settings: a Delphi Consensus Approach and Pilot Study

This study aims to determine the indicators for assessing the functionality of clubfoot clinics in a low-resource setting. Practitioners had good consistency in rating indicators. The consensus definition includes components of the World Health Organisation building blocks of health systems. Useful information was obtained on how to improve the services in the Zimbabwe clubfoot programme.

Bezug: <https://www.ncbi.nlm.nih.gov/pubmed/29788430>.

*Bright T./Mactaggart I./Kuper
H./Murthy G.V./Polack S.*

Prevalence of Hearing Impairment in Mahabubnagar District, Telangana State, India

A population-based prevalence survey of hearing impairment was undertaken in 2014. Fifty-one clusters of 80 people aged six months and older were selected using probability-proportionate-to-size sampling. A two-stage hearing screening was conducted using

otoacoustic emissions on all participants followed by pure-tone audiometry on those aged four years and older who failed otoacoustic emissions. Cases of hearing impairment were defined using the World Health Organisation definition of disabling hearing impairment. Possible causes of hearing impairment were ascertained by a certified audiologist. Reported hearing difficulties were also measured in this survey and compared with audiometry results. Disabling hearing impairment in Telangana State is common, affecting approximately one in 23 people overall and a third of people aged older than 65 years. These findings suggest that there are a substantial number of individuals with hearing impairment who could potentially benefit from improved access to low-cost interventions.

Bezug: <https://www.ncbi.nlm.nih.gov/pubmed/29782444>.

Polack S./Adams M./O'banion D./Baltussen M./Asante S. et al. **Children with Cerebral Palsy in Ghana: Malnutrition, Feeding Challenges, and Caregiver Quality of Life**

This cross-sectional survey included 76 children with CP (18month-12years) from four regions of Ghana. Severity of CP was classified using the Gross Motor Function Classification System and anthropometric measures were taken. Caregivers rated their QoL (using the Pediatric Quality of Life Inventory Family Impact Module) and difficulties with eight aspects of child feeding. Logistic regression analysis explored factors (socio-economic characteristics, severity of CP, and feeding difficulties) associated with being underweight. Linear regression was undertaken to assess the relationship between caregiver QoL and child malnutrition and feeding difficulties. Malnutrition is very common among children with cerebral palsy in this rural population in Ghana. Feeding

difficulties in this population were strongly associated with being underweight. Feeding difficulties were associated with poorer caregiver quality of life (QoL). Child nutritional status was not associated with caregiver QoL.

Bezug: <https://www.ncbi.nlm.nih.gov/pubmed/29736993>.

Murthy Gudlavalleti/ Neena John/Jayanthi Sagar
Reproductive Health of Women with and without Disabilities in South India, the SIDE Study (South India Disability Evidence) Study: A Case Control Study

Evidence shows that women with disability have adverse pregnancy outcomes compared to those without a disability. There is a lack of published data on reproductive health of women with disability in India till date. The objective of the South India Disability Evidence (SIDE) Study was to compare reproductive health parameters including pregnancy experience, health access during pregnancy and type of delivery among women with disability compared to women with no disability. The study was conducted in one district each in two States (Andhra Pradesh and Karnataka) in 2012. A case-control design was used to identify appropriate age and sex-matched controls for women with disability identified through a population-based survey. Trained key informants first listed women with disabilities who were then examined by a medical team to confirm the diagnosis. Trained research investigators administered questionnaire schedules to both groups of women to collect information on reproductive health and outcomes of any pregnancy experienced in the past two years. There were no statistically significant differences between women with and without a disability with regard to utilisation of antenatal care and pregnancy outcomes. The study provides evidence on some reproductive health

parameters of women with disability in India for the first time ever. The findings will help in formulating policy and to develop specific interventions to improve pregnancy outcomes for women with disability in India.

Bezug: https://www.researchgate.net/publication/275666882_Reproductive_health_of_women_with_and_without_disabilities_in_South_India_the_SIDE_study_South_India_Disability_Evidence_study_A_case_control_study.

Islay Mactaggart/Lena Morgon Banks/Hannah Kuper/G. V. S. Murthy/Jayanthi Sagar et al.
Livelihood Opportunities amongst Adults with and without Disabilities in Cameroon and India: A Case Control Study

Proven links between disability and poverty suggest that development programmes and policies that are not disability-inclusive will leave persons with disabilities behind. Despite this, there is limited quantitative evidence on livelihood opportunities amongst adults with disabilities in Low and Middle Income Countries. This study adds to the limited evidence base, contributing data from one African and one Asian Setting. We undertook a population-based case-control study of adults (18+) with and without disabilities in North-West Cameroon and in Telangana State, India. We found that adults with disabilities were five times less likely to be working compared to age-sex matched controls in both settings. Amongst adults with disabilities, current age, marital status and disability type were key predictors of working. Inclusive programmes are therefore needed to provide adequate opportunities to participate in livelihood prospects for adults with disabilities in Cameroon and India, on an equal basis as others. These findings are of crucial importance at this stage of the Sustainable Development Agenda, to ensure that the mandate of

inclusive development is achieved.

Bezug: <http://journals.plos.org/plosone/article?id=10.1371/journal.pone.0194105>.

K Sureshkumar/G.V.S Murthy/Hannah Kuper
Protocol for a Randomised Controlled Trial to Evaluate the Effectiveness of the Care for Stroke Intervention in India: A Smartphone-Enabled, Carer-Supported, Educational Intervention for Management of Disabilities Following Stroke

The rising prevalence of stroke and stroke-related disability witnessed globally over the past decades may cause an overwhelming demand for rehabilitation services. This situation is of concern for low-income and middle-income countries like India where the resources for rehabilitation are often limited. Recently, a smartphone-enabled carer-supported educational intervention for management of physical disabilities following stroke was developed in India. It was found to be feasible and acceptable, but evidence of effectiveness is lacking. Hence, as a step forward, this study intends to evaluate clinical effectiveness of the intervention through a randomised controlled trial.

Bezug: <https://www.ncbi.nlm.nih.gov/pmc/articles/PMC5942432/>.

Veranstaltungen/Events

25.11. - 26.11.2018

**Interdisciplinary Approaches to Disability: The MENA Region in the Modern Period Cairo
25-26 November 2018**

Information: <http://rethinkingdisability.net/cleveringa-conference-interdisciplinary-approaches-to-disability-the-mena-region-in-the-modern-period-cairo-25-26-november-2018/>

8.11. - 12.11.2018

Global IT Challenge for Youth with Disabilities, New Delhi, India.

Information: <http://globalitchallenge.com>.

12.11. - 15.11.2018

15th International Conference on Mobility and Transport for Elderly and Disabled Persons, Taipei, Taiwan.

Information: <http://www.transed2018.com/>.

12.11. - 13.11.2018

3rd World Disability & Rehabilitation Conference 2018 Global Advocacy and Rights of People with Disabilities , Kuala Lumpur, Malaysia.

Information: <https://disabilityconference.co/>.

19.02.2019

3rd International Conference on Sustainable Development 2019, Dhaka, Bangladesh.

Information: <http://icsd.uui.ac.bd/>.

Schwerpunkthemen kommender Ausgaben der Zeitschrift Focal Topics of Upcoming Issues

3/2018: ohne Schwerpunkt

[without focus](#)

verantwortlich/[responsible](#): Dr. Thorsten Hinz/Jana Offergeld

1/2019:

Inklusion der Katastrophenvorsorge

[Inclusion in Disaster Preparedness](#)

verantwortlich/[responsible](#): Gabriele Weigt

2/2019: Daten und Behinderung

[Data and Disability](#)

verantwortlich/[responsible](#): Gabriele Weigt

Interessierte Autorinnen und Autoren mögen sich für nähere Informationen und unseren *Leitfaden für AutorInnen* bitte an die oben genannten Verantwortlichen wenden.

Darüber hinaus sind Vorschläge für weitere Schwerpunkthemen willkommen unter info@inie-inid.org.

[If you are interested in contributing, please contact the respective member of the editorial board mentioned above for more information and our Guidelines for Submissions.](#)

[Moreover, we welcome ideas and suggestions for future focal topics which you can submit to our editorship at info@inie-inid.org.](#)

Redaktionsschluss für zukünftige Ausgaben

[Deadlines for the upcoming issues](#)

	3/2018	1/2019	2/2019
Hauptbeiträge/ Focal articles	15.09.2018	15.01.2019	15.04.2019
Kurzbeiträge/ Other contributions	15.09.2018	15.01.2019	15.04.2019

Liebe Leserinnen und Leser,

bitte informieren Sie uns unter info@inie-inid.org über eine Adressänderung bzw. wenn Sie die Zeitschrift nicht mehr beziehen möchten oder falls Ihnen die Zeitschrift nicht zugestellt worden ist.

[Dear Reader!](#)

[Please notify any changes of address, if you wish to end your subscription or have not received the print edition to info@inie-inid.org.](#)

**Behinderung und Entwicklungszusammenarbeit e.V.
Institut für inklusive Entwicklung**

Altenessener Strasse 394-398

45329 Essen

Germany

Tel.: +49-(0)201/17 89 123

Fax: +49-(0)201/17 89 026

info@inie-inid.org

www.inie-inid.org

Behinderung und internationale Entwicklung

Die Zeitschrift Behinderung und internationale Entwicklung erscheint seit 1990 dreimal jährlich mit Beiträgen sowohl in deutscher als auch englischer Sprache. Ihr Anspruch ist es, ein Medium für einen grenzüberschreitenden Informationsaustausch zur Thematik zu bieten sowie die fachliche Diskussion zu pädagogischen, sozial- und entwicklungspolitischen sowie interkulturellen Fragen im Zusammenhang mit Behinderung in Entwicklungsländern weiterzuentwickeln. Jede Ausgabe ist einem Schwerpunktthema gewidmet, das durch Einzelbeiträge und einen aktuellen Informationsteil ergänzt wird.

Bezugsmöglichkeiten:

KOSTENFREIER VERSAND DER AUSGABE IM PDF-FORMAT per E-Mail für die Aufnahme in den Verteiler: info@inie-inid.org

KOSTENPFLICHTIGER BEZUG DER PRINTAUSGABEN für 18 €/Jahr
3 Ausgaben, innerhalb Deutschlands und 27 € im europäischen
Ausland: info@inie-inid.org

DARÜBER HINAUS kostenlos im Internet unter
www.zeitschrift.bezev.de

Die Zeitschrift wird unterstützt durch | The journal is supported by:



bezev wird gefördert aus Mitteln des Kirchlichen Entwicklungsdienstes
Brot für die Welt – Evangelischer Entwicklungsdienst

Disability and International Development

The journal Disability and International Development is published three times a year since 1990, featuring contributions in both English and German. Its objective is the scholarly and practice-oriented discourse on disability in low-income countries. The journal aims at providing a platform for a cross-border dialogue and promoting the professional discussion of related development policy, pedagogical/educational, socio-political and intercultural questions. Each issue is dedicated to a focal topic, complemented by single contributions on other subjects and up-to-date information.

Subscription:

FREE PDF VERSION via e-mail:

info@inie-inid.org for subscription

PRINT VERSION at a rate of 18 €/year, 3 issues, within Germany

and 27 € to other European countries:

info@inie-inid.org for subscription

IN ADDITION, a free online version is available at

www.zeitschrift.bezev.de